

# Ver eins=Anzeiger

Organ des Verbandes der Mäler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschriebenen Hülfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 14.

Erscheint alle Sonnabend.  
Abonnementpreis 1.50 Mk. pro Quartal  
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,  
Schmalenbekerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,

Sonnabend, 3. April 1909.

Anzeigen kosten die 4 gespaltene Pettzelle  
oder deren Raum 40 Pf. (der Betrag ist  
stets vorher einzuzahlen.)  
Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile.

23. Jahrg.

## Mehr Statistik.

I.

Die Vornahme einer umfassenden Statistik in diesem Frühjahr ist für unsere Organisation von unbedingter Notwendigkeit. Weil nun so manchen Kollegen diese Notwendigkeit und der Zweck der statistischen Erhebungen noch nicht genügend klar ist, sehen wir uns veranlaßt, etwas näher auf diese Frage einzugehen. Gelingt es, mit diesen Ausführungen allgemein unseren Kollegen mehr Sympathie für die soeben ausgegebenen Fragebogen hinzubringen, dann dürften diese Zeilen ihren Zweck erreicht haben.

Versuchen wir zunächst auf die Frage: Was ist eine Statistik, eine kurze Antwort zu geben. Statistik ist, wenn wir aus der Registrierung vieler Antworten eine der Wirklichkeit entsprechende Antwort auf eine oder mehrere Fragen geben können.

Je genauer und gewissenhafter der Mensch in der Beurteilung von Ursachen und Erscheinungen geworden ist, desto mehr mußte er dazu übergehen, sich durch Zusammenstellungen sein Material zu beschaffen, durch Vergleich sein Urteil zu prüfen und seine Auffassung zu verstärken. Je mehr Fragen sich die Menschheit zur gewissenhaften Beantwortung vorlegt, desto besser mußte sie in die Materie eindringen, gewannen für sie die Zahlen an Bedeutung. Schon aus dem täglichen Leben können wir zahlreiche Beispiele ableiten, wie wir aus Vergleich und Zusammenstellung gleicher und ähnlicher Erscheinungen unsere Erfahrung bereichern und wie jeder einzelne standig, wenn auch in kleinem Maßstabe Statistik treibt, ja förmlich dazu gezwungen ist, solche vorzunehmen. Wenn die Summierung und anderseits wieder die Zerlegung von Zahlen schon im täglichen Leben des einzelnen eine so hervorragende Rolle spielt, so wird uns bei einem Nachdenken leicht klar, welch ungeheure Bedeutung die Statistik gewinnt, wenn sie über tausendsache Ursachen und Erscheinungen ausgedehnt wird. Von unermesslichem Wert sind so einzelne Statistiken für die Allgemeinheit; nennen wir hier beispielweise nur die Volkszählungen, die Berufszählungen, die Erhebungen über die Krankheitsfälle und die Todesursachen und ähnliche allgemeine Statistiken. Trotzdem bereits aus den verschiedensten Gründen heute statistische Erhebungen ange stellt werden, gibt es noch viele Gebiete, wo eine zahlenmäßige Zusammenstellung verschiedener Erscheinungen von außerordentlich großem Wert für die Menschheit wäre. Zur Ausführung umfangreicher Statistiken müssen eben zunächst eine Reihe Vorbereitungen erfüllt sein, auch muß die nötige Zahl Interessenten vorhanden sein, was heute vielfach nicht der Fall ist, so daß also der Zukunft auf diesem Gebiete noch eine große Aufgabe bevorsteht. Neben alle möglichen Dinge wird schon Statistik gepflegt, je nachdem sich über die Klärung der Fragen Personen oder Gruppierungen zusammenfinden, die an dem Messen und Vergleichen gewisser Verhältnisse interessiert sind und die Vorbereitung für die Erforschung der Lage erfüllt finden. Da die Interessen der Menschheit heute in erster Linie auf den Geldeverkehr gerichtet sind, so finden wir über die damit zusammenhängenden Fragen, auch die meisten und die besten Erhebungen, während die Erhebungen für Volkswohlfahrt und zum Nutzen der Allgemeinheit nur in bescheidenem Maße vorhanden sind. Auch die durch den Staat vorgenommenen Erhebungen dienen, abgesehen von den Statistiken, die er im eigenen Interesse, zum Beispiel für Militarismus und Steuerpflicht, anstellt, vorwiegend der besitzenden Klasse. So werden beispielweise für die Landwirtschaft umfangreiche Erhebungen veranstaltet. Man kennt in Deutschland die Zahl der gehaltenen Haustiere, man kennt die bebauten und ertragfähigen Landflächen usw. Die Industrie interessiert sich für die vorhandenen Wasserkräfte, für die angewandten Dampfmaschinen, für die geförderten Erze und Kohlen, man kennt die Zahl der vorhandenen Eisenbahnwagen und ihre Klassen, die vorhandenen Obstbäume, kurz und gut, auf allen Gebieten haben schon statistische Erhebungen stattgefunden. Genügen uns auch die auf sozialpolitischen Gebiete vorgenommenen Erhebungen kei-

nenswegs, so wurde doch auf diesem Gebiete schon wertvolles geleistet.

Seitdem sich die Arbeiterschaft zusammengeschlossen und sich um ihre Interessen kümmert, seitdem hat sie auch mehr und mehr den Wert der Statistik begriffen und verstanden, sich gleich der besitzenden Klasse aus dem gewonnenen Material Vorteil zu verschaffen. In erster Linie war die Statistik für die Arbeiterschaft notwendig, damit sie ihre eigene Klassen- und Berufslage erkennen könnte. Allerdings fehlt auf diesem Gebiete noch vieles und wollen wir in nachstehend einen kleinen Einblick in die Fragen gewähren, die noch mehr als bisher aufgeklärt werden müssen, so weit wir selbst in der Lage sind, zu deren Klärung beizutragen. Freilich kann es der Arbeiterschaft nicht genügen, nur ihre Lage zu erforschen, sondern es ist notwendig, dann auch auf Grund der Ergebnisse einzusehen und Wandel zu schaffen.

Selbsterkennnis ist der erste Weg zur Besserung, sagt ein altes Sprichwort. Bevor wir also mit der Besserung einsehen können, müssen wir die Vorbereitung erfüllt haben, wir müssen uns selbst kennen und diese Selbsterkennnis der gesamten Klasse können wir uns nur durch die Statistik verschaffen.

Fragen wir nun, was muß den Arbeiter selbst interessieren und worauf soll er seine Statistik ausdehnen, so müssen wir antworten: „Auf sein ganzes Dasein“, weil damit erst die richtige Beurteilung seiner gesellschaftlichen Stellung möglich ist. Wohl war man früher der Meinung und begegnet heute noch der Auffassung, daß das Leben des einzelnen sonst niemand etwas angeht. Diese Auffassung ist indessen falsch, schon deshalb, weil der Mensch durch seine gesellschaftliche Lebensweise auf Gemeinschaft angewiesen ist. Doppelt falsch ist diese Auffassung, soweit sie den Arbeiter als Klassengenossen betrifft. zunächst sollte sich jedermann in seinem eigenen Interesse über sich selbst Nachschau geben, dann aber auch über seine Familie und darüber hinaus über seine Klasse, ja in einzelnen Fragen über seine Stellung und Verantwortung für die ganze Menschheit. Diese Auffassung wird manchem Kollegen wohl als etwas weitgehend erscheinen, um so mehr, als die Menschheit heute noch von dieser Auffassung weit entfernt ist. Wir wollen aber durch ein kleines Beispiel darauf hinweisen, daß diese Verantwortung durchaus notwendig ist.

Nehmen wir nur an, welches ungeheure Unglück heute durch die noch unheilbaren Krankheiten, wie: Tuberkulose, Krebs, Syphilis usw. verbreitet wird. Ein denkender Mensch, der mit einem solchen Leiden unglücklicherweise behaftet ist und die Tragweite der Infektion kennt, wird sicherlich bestrebt sein, im Interesse der Volksgesundheit das Leid nicht auf seine Mitmenschen zu übertragen. Solche Interessengemeinschaften bestehen aber für die Menschheit und besonders für die Arbeiterschaft sehr viele, wo sie aus Pflichtgefühl für ihre leibenden Mitgenossen viel helfen können. Unserer gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft fehlt es an diesem Verantwortungsgefühl keineswegs und so finden wir hier auch im großen und ganzen, mehr als bei der besitzenden Klasse, Verständnis für die Erforschung der sozialen Verhältnisse, für die Lösung der großen Aufgaben, die wir den Menschen selbst schuldig sind. Tausendfach sind die Fragen, die uns interessieren, aber leider vermögen wir auf viele noch keine erschöpfende Antwort zu geben.

Erfassen wir zunächst das Nächstliegende, was wir mit Hilfe der Statistik festzustellen haben. Als Gewerkschafter sind uns besonders alle Statistiken von Wert und Wichtigkeit, die sich mit der Ermittlung unserer Berufslage beschäftigen. Aber auch hier kann es keineswegs genügen, wenn uns nur Aufschluß über Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegeben wird, sondern es ist notwendig, alle Begleiterscheinungen im Arbeitsprozeß zu berücksichtigen.

Die sorgfältiger das Material gesammelt und verarbeitet wird, desto besser werden wir einen Einblick in die bestehenden Verhältnisse der breiten Volksmassen gewinnen. Tiefer diese Erkenntnis ist und je klarer uns die Lage wird, desto leichter werden wir im Stande sein, Abhilfe zu schaffen. Neben

anderen Systemen der Forschung bietet uns die Statistik eine Möglichkeit, grundlegendes Material über die bestehenden Verhältnisse zu sammeln, so daß die Statistik zu einem Hilfsmittel für die Gewerkschaften geworden ist.

## Der amerikanische Malerverband im Jahre 1908.

Die Wirtschaftskrise, die im Herbst 1907 in den Vereinigten Staaten und in Canada hereinbrach, hielt das ganze Jahr 1908 hindurch an; in der zweiten Jahreshälfte war jedoch eine geringe Besserung bemerkbar und es scheint, daß normale Verhältnisse bald wiederkehren werden. Die Baugewerbe hatten infolge der Krise schwer zu leiden; die Zahl der Arbeitslosen war in allen Branchen und in allen Landesteilen sehr groß. Angesichts dieses Zustandes ist es deshalb erfreulicher, daß die Gewerkschaften teils überhaupt keine, teils nur verhältnismäßig geringe Mitgliederverluste erlitten. Die Verbände und Lohnvereine, die dem Amerikanischen Arbeiterbund (American Federation of Labor) angehören, hatten im Durchschnitt des Verwaltungsjahres 1907 1.538.970 und im Durchschnitt des Verwaltungsjahrs 1908 1.586.885 vollzahlende Mitglieder. Bei den drei größten Bauarbeitergewerkschaften, jenen der Maurer, Zimmerer und Maler, traten Rückgänge der Mitgliederzahlen ein. Der Malerverband (Brotherhood of Painters, Decorators and Paperhangers) vereinigte im ersten Halbjahr 1907 Beiträge für 63.500, im zweiten Halbjahr 1907 für 69.900, im ersten Halbjahr 1908 für 65.235 und im zweiten Halbjahr 1908 für 63.090 vollzahlende Mitglieder. In der zweiten Hälfte 1908 war die Zahl der Beitreten bereits größer als in der ersten Hälfte und es ist vorauszusehen, daß der Mitgliederverlust bald wieder gutgemacht sein wird.

Die Höhe der Löhne, wie sie vor der Krise bestand, wurde aufrecht erhalten und andere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen sind ebenfalls vermieden worden. Verbesserungen waren freilich nicht zu erwarten, was nicht wundernehmen darf.

Die Grenzstreitigkeiten, die zwischen dem Malerverband und den Verbänden der Waggonarbeiter (Car Workers) und der Holzarbeiter bestehen, konnten nicht beseitigt werden. Die beiden Verbände nehmen nämlich Anstreicher, Lackierer usw. auf, die von Rechts wegen in den Malerverband gehören. Die Holzarbeiter haben in den letzten paar Jahren die meisten Mitglieder verloren und die noch verbleibenden werden sich wohl bald den Zimmerern anschließen.

In finanzieller Beziehung schloß das Jahr 1908 für den amerikanischen Malerverband befriedigend ab, wenn auch weniger günstig als die unmittelbar vorhergegangenen Rechnungsperioden. Die Einnahmen, Ausgaben und der Vermögensbestand betrugen von 1905 bis 1908:

	Einnahmen	Ausgaben	Vermögen am 31. Dezember
	Betrage in Dollars (a 4.20 Mk.)		
1905	213.347.32	193.742.96	69.675.94
1906	216.706.47	200.270.80	86.411.61
1907	254.517.87	199.525.36	141.404.12
1908	234.625.63	228.135.98	147.893.77

Die Einnahmen waren 1908 um 19.892.21 Dollars oder 7,8 Prozent geringer als 1907, die Ausgaben waren um 28.610.62 Dollars oder 14,3 Prozent höher, der Vermögensbestand stieg um 6489,65 Dollar oder 4,6 Prozent. Die Zahlen beziehen sich lediglich auf die Hauptkasse des Verbandes.

Die Einkünfte der Hauptkasse, mit Ausnahme jener für Materialien und Spezialzwecke, werden so aufgeteilt, daß der Verwaltungsfond 15 Proz., der Journalfond 15 Proz., der Agitationfond 10 Proz., der Widerstandsfond 20 Proz., der Zubalden- und Ahlebensfond 10 Proz. erhält. Eingenommen wurden 1908: An Mitgliederbeiträgen von den Ortsvereinen 190.884.65 \$, an Beiträgen von Einzelmännern 2186.07 \$, an Aufnahmegebühren 11.818 \$, an Insertionsgebühren 10.683.97 \$, an Rückzahlungen 380.72 \$, an Vermögenszinsen z. 3666.05 \$, für Materialien 12.536.50 \$, für Sonstiges 1469.67 \$. Die Einnahmen an Mitgliederbeiträgen (194.070.72 \$) waren um 7155.71 \$ geringer als 1907.

Die Erhöhung der Ausgaben ist durch die Einführung

von zwei neuen Unterstützungsklassen mit veranlaßt. Bis-her wurde eine Invalidenabfertigung über Ablebensunterstützung im Betrage von 50 \$ nach einjähriger Beitragsleistung, von 100 \$ nach zweijähriger, von 150 \$ nach dreijähriger und von 200 \$ nach vierjähriger oder mehrjähriger Beitragsleistung gezahlt; nun erhalten invalide Mitglieder — oder die hinterbliebenen verstorbener Mitglieder — nach sieben Jahren 250 \$ und nach zehn Jahren 300 \$. Die Verteilung der Ausgaben wird in der Tabelle veranschaulicht, und zwar für 1907 und 1908, so daß die Unterschiede hervortreten.

Ausgaben	1908	1908
	Beträgen in Dollars	
des Verwaltungsfonds . . .	22,226.90	24,585.73
" Materialfonds . . .	17,389.16	12,231.70
" Journalfonds . . .	32,718.07	81,696.46
" Agitationsfonds . . .	24,280.10	21,860.35
" Widerstandsfonds . . .	39,685.63	55,617.07
" Unterstützungs fonds . . .	68,915.50	81,861.50
Sonstige . . . . .	310.—	253.19
Zusammen . . . . .	199,525.36	228,135.98

Eine Steigerung gegen das Vorjahr wiesen 1908 auf die Ausgaben des Verwaltungsfonds (allgemeinen Fonds), des Widerstandsfonds und des Unterstützungs fonds. Im letzten Jahre kamen von den Gesamtausgaben auf den Unterstützungs fond 36 Prozent, auf den Widerstandsfond 25 Proz., auf den Journalfond 14 Proz., auf den Verwaltungsfond 11 Proz., auf den Agitationsfond 9 Proz. und auf den Materialfond 5 Prozent.

Die Ausgaben für Invalidenabfertigung und Ablebensunterstützung verteilten sich wie folgt: Invalidenabfertigung 5300 \$, Unterstützung beim Ableben von Mitgliedern 66 186.50 \$, Unterstützung beim Ableben von Frauen der Mitglieder 10 425 \$. Alle drei Unterstützungsarten erforderten 1908 höhere Summen als 1907.

Von den Ausgaben des Widerstandsfonds kamen auf Gehälter und Entschädigung der Auslagen der Funktionäre 18 894.16 \$, auf Rechtsbeistand 11 82.06 \$ und auf Unterstützung an die Ortsvereine 35 569.85 \$. Über die Ergebnisse der gewölblichen Bewegungen und der Arbeitskämpfe enthalten die Berichte des Vorsitzenden und des Sekretärs keine näheren Angaben.

\*

Im Jahre 1908 fallte das Oberste Bundesgericht ein für die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten folgenschweres Urteil: Es entschied, daß eine Gewerkschaft, die einen Boykott durchführt, als Vereinigung zu betrachten ist, die den Verkehr von Staat zu Staat behindert und im Sinne des Anti-Trustgesetzes für den durch den Boykott anderen Personen oder Gesellschaften — den Unternehmern — zugestützten Schaden haftet; die „Geschädigten“ haben Anspruch auf den dreifachen Betrag des erlittenen Schadens. Außerdem sind die, welche einen Boykott führen, mit Geldbußen bis zu 5000 Dollar oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre (aber mit Geldbuße und Gefängnis) zu bestrafen. Auch ein Mitglied des Malerverbands ist auf Grund dieser Entscheidung schon

ins Gefängnis gewandert. — Am 23. Dezember 1908 wurden der Vorsitzende des Amerikanischen Arbeiterverbandes, S. Gompers, sein Stellvertreter J. Mitchell und der Bundessekretär F. Morrison zu Gefängnisstrafen von 12, 9 und 6 Monaten verurteilt, weil sie einen durch gerichtlichen Einhaltsbeschluß verbotenen Boykott aufrecht erhielten. — Der oberste Staatsgerichtshof von Massachusetts erklärte die „Sympathiestreits“ als gesetzwidrig. — Diese und andere reaktionäre Entscheidungen der Richter bewirkten, daß frisches Leben in die amerikanischen Gewerkschaften kam, die nun einsehen, daß es gilt, die Rechte der organisierten Arbeiterschaft energischer als bisher geltend zu machen. Gegenwärtig steht die Frage der aktiven Einflussnahme der Gewerkschaften auf die Politik im Vorbergenude des Interesses; aber die Ansichten, wie dies geschehen soll, gehen noch sehr weit auseinander.

F.

## Der Streik der Ärzte und das Interesse der Kranken.

### II.

Der rein wirtschaftliche Standpunkt der Ärzte wird natürlich von der Regierung und speziell von dem Staatssekretär von Bethmann-Hollweg nicht genehmigt. Letzterer erlässt den Führer des Ärzteverbandes eine sanfte Mahnung, indem er auf ihr Schreiben folgende Antwort erlässt:

„Mit Besorgniß sehe ich, daß der Klassengegensatz unserer Tage die Erfüllung der sozialen Aufgaben des Ärztestandes gefährdet. Allerdings erblidet nach wie vor die deutsche Ärzteschaft in ihrem Kern den vornehmsten Zweck ihres Berufes in der freien Ausübung der Wissenschaft zum Wohle der leibenden Menschheit. Über innerer Geltendmachung der materiellen Interessen, die infolge der Krankenkassenregelung mehr als früher in den Vordergrund gebracht ist, hat sich mancher Ärzte eine Schärfe auch auf Seiten der Ärzte entwickelt, die die ideale Berufsauffassung trübt. Wenn ärztliche Vereinigungen die Abnahme des Ehrenworts beunruhigen, um den einzelnen Arzt zu verpflichten, die ärztliche Behandlung von der Erfüllung bestimmter wirtschaftlicher Forderungen abhängig zu machen, und wenn sie dem Arzte, der sich nicht fügen will, eine ehrengerichtliche Verfolgung in Aussicht stellen, so werden damit nicht nur die Allgemeinheit, sondern auch für den ärztlichen Stand ernste Gefahren heraufbeschworen. Nicht der Kölner Streik, den ich ebenso wohl in meiner Reichstagrede vom 5. Februar wie in derjenigen vom 9. Februar von der Gründung ausgeschlossen habe, und auch nicht die Rechtsprechung der Ehrengerichte, sondern die gesamte neue Entwicklung hat mich zu der wohlsbedachten Wahrung und Wahrung veranlaßt, mit der ich dem wahren Vorteile der Ärzteschaft gedenkt zu haben vermisse. Denn nur, wann auch in dem Kampfe um die Erwerbsinteressen die idealen Grundlagen des ärztlichen Berufs unerschüttert bleiben, wird der Ärztestand den Aufgaben gegen sich selbst, gegen Volk und Staat gerecht werden können. Unsre Gesetzgebung ist im Begriffe, mit der Neugestaltung der Arbeiterversicherung auch das Verhältnis der Ärzte zu den Krankenkassen auf eine letztere Grundlage zu stellen. Ich vertraue, daß es dabei gelingen wird, die Berücksichtigung der ärztlichen Standes- und Erwerbsnotwendigkeiten mit dieser Hochhaltung des ärztlichen Berufes zu vereinigen.“

Diese Mahnung wird wohl nicht fruchten, denn die

Heißsporn unter den Ärzten pfeifen auf ihre sozialen Funktionen, wenn sie nicht tüchtig Geb gebringen. Wie sich die Kassenmitglieder hierzu stellen, geht aus einer Resolution hervor, die eine große Versammlung in Köln angenommen hat. Einleitend heißt es darin, daß die Ärzte, gestützt auf ihre Macht, es verstanden haben, ihre Kollegen durch die Androhung einer gesellschaftlichen und beruflichen Verachtung zu zwingen, den kranken Kassenmitgliedern ihre ärztliche Hilfe zu versagen. Und dann fährt die Resolution fort:

„Die Versammlung erwartet, daß gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, die den Kassen einen wirklichen Schutz vor Bergewaltigungen durch den Ärzteverband gewährleisten, und wodurch die schwere Schädigung der Allgemeinheit bedeutsame Erscheinungen, wie sie durch den unter mißbrauchlicher Benutzung des Ehrenwortes ausgeübten Terrorismus des Ärzteverbandes hervorgerufen sind, für die Folgezeit ausgeschlossen werden. Die Versammlung erkennt die von den Ärztschaftsbürokraten gewahrt Neutralität an und weist den neuerdings wieder gemachten Versuch des Ärzteverbandes, in den entstandenen Streit politische Momente hineinzutragen, entschieden zurück. In Köln stehen Schulen an Schulter Arbeitgeber und Arbeitnehmer, ohne Rücksicht auf ihre politische Gesinnung, in Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen einträchtig zusammen. Sie alle sind sich bewußt, daß der Kampf geführt werden mußte, um die Krankenkassen ihrem sozialen Zweck zu erhalten.“

Gerade in dem Umstande, daß die Angehörigen aller Parteien und Berufsstände einmütig das Verhalten der Ärzte missbilligen, liegt ein deutlicher Fingerzeig dafür, daß es sich bei dem Kampfe um das Wohl der Krankenkassen und ihrer Mitglieder handelt. Es muß immer wieder hervorgehoben werden, daß die ärztliche Tätigkeit nicht einfach mit der eines Arbeiters auf eine gleiche Stufe gestellt werden darf und daß der Streik der Ärzte deshalb anders bewertet werden muß als der Streik gewerblicher Arbeiter. Die durch den lebtern verursachten Schäden sind rein wirtschaftlicher, pekuniärer Art und können nach Beilegung der Differenzen wieder gut gemacht werden; die Schäden aber, die ein Ärztekampf im Gefolge hat, betreffend die Volksgesundheit können in den meisten Fällen überhaupt nicht wieder gut gemacht werden. Die Schmerzen, die der einer bestreiten Klasse angehörende Kranke unter Umständen zu ertragen hat, die gesundheitlichen Nachteile, die für ihn aus der Weigerung der ärztlichen Hilfe entstehen, kann kein Mensch wieder erleben. Und wenn er infolge der mangelnden Hilfe des Arztes gar sein Leben einbüßt, so entsteht ein Schaden, der überhaupt nicht wieder ersetzt werden kann. Ganz anders liegt die Sache, wenn ein Unternehmer, der die Forderungen seiner Arbeiter zurückweist, in einen Streik verwickelt wird.

Ein ferner Unterschied ist noch der, daß von dem Streik der Ärzte fast ausnahmslos Leute getroffen werden, die auf den Streik, seine Entstehung und seine Beilegung nicht den geringsten Einfluß haben und die ganz unabsichtigerweise von dem Streik und seinen Begleiterscheinungen betroffen werden. Der Kampf der Ärzte richtet sich bekanntlich gegen die Verwaltungen der Krankenkassen und die ganz unbeteiligten Kranken werden gewissermaßen als Opfer benutzt, um auf die Verwaltung

## Christentum und Arbeiterbewegung.

Es ist charakteristisch, daß das Christentum gerade zu einer Zeit entstand, in der die antike Welt in Trümmer ging. Der Entstehung liegen durchaus natürliche Ursachen zugrunde, die begründet sind in den wirtschaftlichen Verhältnissen damaliger Zeit. Die Grundsätze, worauf das Christentum ursprünglich aufgebaut wurde, sind durchaus nicht originell, sondern schon Jahrhunderte vorher aufgestellt. Über erst mit dem Verfall der antiken Gesellschaft war der Punkt gekommen, den Versuch zu machen, diese Grundätze in die Praxis zu übertragen. In der antiken Gesellschaft finden wir nur zwei Klassen vertreten, die besitzende und die besitzlose Klasse. Neuerst schroff waren die Klassengegensätze. Waren die Besessenen in jeder Beziehung freie Männer, so waren die Besitzlosen vollständig unfrei, absolutes Eigentum der ersten. Soweit wir die Geschichte zurückverfolgen können, haben wir stets das Bestreben der unteren Schichten, sich emporzuarbeiten, beobachtet können. Weil eine emporstrebende Klasse, die sich Rechte erobern will, stets die obere Klasse zwängen muß, von ihrem privilegierten Recht etwas einzubüßen, stößt dieses Emporstreben auf den Widerstand der herrschenden Klasse. Auf die Dauer lädt sich ein solches Emporsteigen der Unterdrückten nicht dämpfen. Ist das Klassenbewußtsein erst richtig erwacht, so muß es schließlich zum Klassenkampf kommen. So haben wir schon in der antiken Welt die Sklavenaufstände als etwas ganz Natürliche zu betrachten, als etwas anzusehen, was die Entwicklung mit sich bringen mußte. Stimm auch die barbarische Kampfesweise mit unerem heutigen Empfinden nicht überein, so muß doch ein normal empfindende Mensch diese Kämpfe als etwas Natürliches, durchaus Notwendiges betrachten. So oft auch diese Sklavenaufstände unterdrückt und niedergekämpft wurden, sie traten sie zur gegebenen Zeit wieder neu in die Erneuerung, jedoch stets in erweitertem, verstärktem Maße.immer erbitterter wurden diese Kämpfe gegen das Kapital geführt und dieses wieder bereinigte sich in immer weniger Händen.

Diese Bevölkerungsverschiedenheit, die Akkumulation des Kapitals, führte schließlich dazu, daß die antike Gesellschaft abwirtschaftete, hieraus erklärt sich der Verfall der antiken Welt. Die alten Verhältnisse taugten nicht mehr, sie konnten die Gesellschaft nicht mehr zusammenhalten. Deshalb entstand ein wirres Durcheinander, das einen

kulturellen Rückgang im Gefolge hatte. Dieser Rückgang wird stets eintreten, wenn eine Gesellschaftsform abgewirtschaftet hat und an Stelle der alten keine neue, bessere Gesellschaftsform gefunden wird. Ebenso wird es geben, wenn die heutige kapitalistische Gesellschaft abgewirtschaftet hat, falls keine neue Gesellschaft vorhanden ist, die reif genug ist, die Entwicklung weiter zu leiten; die reif genug ist, alles das weiter auszubauen, was uns der Kapitalismus hinterläßt. Diese Gesellschaft zu schaffen, ist dem Sozialismus vorbehalten, von diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist die Sozialdemokratie eine Naturnotwendigkeit. Es wäre gewiß töricht, wollte man nicht anerkennen, daß der Kapitalismus seine große kulturhistorische Bedeutung hat, daß er großes geleistet hat für die Entwicklung, und deshalb hat zu einer gewissen Zeit und bis zu einer gewissen Grenze der Kapitalismus eine Berechtigung. Jedoch für die heutige Zeit steht der Kapitalismus nicht mehr, wir müssen ihn deshalb überwinden, müssen an seine Stelle etwas Anderes, Besseres setzen. Nur ein Einsichtiger kann glauben, daß der Kapitalismus die Endform aller Gesellschaftsordnung ist, daß über diesen hinaus keine Entwicklung mehr möglich wäre. Deshalb ist auch der Sozialismus immer mehr zu einer Erziehungsfrage geworden, damit durch ihn eine Menschheit geschaffen wird, die reif ist für eine neue Gesellschaftsform. In dieser Beziehung ist dasjenige, was uns die alte Geschichte lehrt, für uns von großer Bedeutung, wir können daraus Schlüsse für die Gegenwart ziehen, können daraus herleiten, wie wir die Entwicklung beeinflussen müssen, wenn nach Überwirtschaftung des Kapitalismus die Gesellschaft eine bessere Form annehmen soll, wenn nicht wieder ein Rückslag kommt, soll in kultureller Beziehung, wenn nicht wieder Zustände eintreten sollen, die schon einmal vorhanden waren.

In dem wilden Chaos, das die Zustände des untergehenden Altertums geschaffen, machte sich das Christentum geltend; aus diesen Zuständen wuchs es empor, weil für diese Ideen fest der geeignete Boden vorhanden zu sein schien. Die Menschen waren geneigt, diese Ideen jetzt anzunehmen und man muß deshalb das ursprüngliche Christentum mehr als eine soziale, denn als eine religiöse Erscheinung betrachten. Einer der ersten Gedanken, die sich zu jener Zeit Wahn brachten, war der, daß die Arbeit Würde verleihe müsse. Die Arbeit, die früher als etwas galt, was den Menschen entwürdigte, sollte zur Würde gelangen. In jedem Sklavenaufstand tauchte dieser Ge-

danke auf. Bereits Hessiod sagte: „Vor den Erfolg haben die Götter den Schweiz gestellt!“ Ebenso stellte schon Aristoteles diesen Grundsatz auf und nach ihm Pythagoras, so daß man sagen kann, originell ist diese Idee im Christentum nicht, es hat diesen Grundsatz nur übernommen. Allerdings hat dieser Grundsatz noch bis heute seiner Verwirklichung, das Christentum hat wenig dazu beigetragen, diesen Gedanken in die Praxis umzusetzen. Es konnte dieses auch nicht, weil einerseits die Entwicklung, anderseits die Menschheit für diesen Gedanken noch nicht reif war und die späteren Umgestaltungen des Christentums haben sicher nicht dazu beigetragen, die Menschen in dieser Beziehung reifer zu machen. Erst in der neuen Zeit ist es soweit gekommen, daß in der Theorie die Würde der Arbeit allgemein anerkannt wird. Dieser Gedanke hat sich erst in den Jahrhunderten langsam breiten müssen, am besten sehen wir dieses im Spiegel der Zeit, im Drama. Wie wäre es wohl im Mittelalter denbar gewesen, einen Arbeiter auf der Bühne zu verherrlichen, heutzutage deutet sich niemand etwas dabei, wenn der Dichter den Arbeiter als Held eines Dramas auftritt lässt. Zu ihrem vollen Recht wird die Würde jedoch erst mit Einführung des Sozialismus gelangen. In der Theorie erkennen die heutigen Kapitalisten und ihre Führer die Würde an, in der Praxis sieht es damit jedoch ganz anders aus. Daran sehen wir, daß trotz bald zweitausendjährigem Verstreben des Christentums dieser Grundsatz nur teilweise anerkannt wird. Später ist in der christlichen Lehre dieser Gedanke mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt worden, wird uns doch Jesus selber nicht als ein Anhänger der Arbeit geschilbert, vielmehr als Anhänger der Bettlertheorie, als einer, der predigte, alles zu entbehren und niemals für die Autunft zu sorgen. Allerdings ist Jesus keine historische Person, wenigstens behaupten wir kein unbestreitbares Dokument darüber, ob und wann er gelebt hat, sondern wir wissen vielmehr, daß das meiste von dem, was er angeblich geschrieben oder gepredigt haben soll (Bergpredigt) andere Verfasser hat.

Ein zweiter Gedanke, den wir im ursprünglichen Christentum vertreten finden, ist der, der Gleichberechtigung aller Menschen, ein durchaus sozialer Gedanke. Doch auch diesen Gedanken könnte man zu jener Zeit noch nicht in die Praxis übertragen und noch heute harzt er seiner Verwirklichung. Es wird uns allerdings gezeigt

einen Druck auszuüben; sie spielen die Rolle von Gefangenen in einem Kriege, die schlecht behandelt und manchmal erschossen werden, um den Feind zur Nachgiebigkeit zu zwingen, oder sie sind wie Dente, die von einer Mutterhand weggeschleppt und zu Expressionszwecken benutzt werden.

Endlich ist noch zu berücksichtigen, daß die Ärzte eine Ausnahmestellung einnehmen in Bezug auf das Gewerberecht, daß sie nicht der Gewerbeordnung unterstehen und daß sie nicht der freien Konkurrenz in derselben Weise wie die gewerblichen Arbeiter unterliegen. Die Ärzte sind dadurch vor der unlauteren Konkurrenz geschützt, daß sie eine bestimmte Vorbilbung aufweisen und eine vorgeschriebene Prüfung ablegen müssen, wodurch ihnen eine staatliche Anerkennung zuteilt wird, die andere Berufszweige nicht besitzen. Arbeiter und Handwerker und Kaufmann darf sich jeder nennen, der Lust hat, der Titel und die Tätigkeit des Arztes genießt den Schutz des Staates, wovon die nicht approbierten Heilkundigen ein Lied zu singen wissen. Aus all diesen Gründen erklärt es sich, daß man an einen Arztrechtsstreit einen ganz anderen Maßstab legen muß, als jeden anderen Streit.

Diese Ansicht wird auch von Klemann in dem erwähnten Artikel der „Sozialen Praxis“ vertreten:

„Die Arbeitsleistung des Arztes bedeutet für denjenigen, der sie in Anpruch nimmt, nicht etwas bloß Ungenormes oder Nützliches, also etwas, das allenfalls entbehrt werden könnte, sondern etwas mindestens ebenso Notwendiges, wie Gas, Wasser, Eisenbahnfahrt u. dergl. Es ist nicht angängig, hier das „freie Spiel der Kräfte“ walten zu lassen.“

Es ist eigentlich auffällig, daß diese Eigenart der ärztlichen Tätigkeit nicht schon früher sich geltend gemacht hat. Von älterer Zeit allerdings war ihr Rechnung getragen durch die Vorschrift, daß der Arzt seine Hilfe nicht verlangen dürfe, aber seit 40 Jahren ist dieser „Kurierzwang“ überall beseitigt. Offenbar war damit theoretisch die Gefahr der oben bezeichneten Unzuträglichkeit gegeben. In Wirklichkeit trat sie bisher nicht hervor, sondern es gelangte, daß der wichtigste Punkt, der zu einem Streit zwischen Arzt und Patienten führen kann, nämlich die Höhe des Honorars, durch staatliche Taten geregelt wurde und daß Arztekammern die Aufgabe erhielten, gegen ein unangemessenes Benehmen der Ärzte im Disziplinarwege einzutreten.

Die Sache gestaltete sich jedoch anders, als man die sozialen Versicherungsgesetze und insbesondere die Krankenkassen einführte. Zunächst ergab sich daraus eine neue theoretische Schwierigkeit. Wenn man Organisationen ins Leben rief, die gesetzlich gewungen sind, ihren Angehörigen praktische Hilfe zu verschaffen, so bedeutete es einen logischen Widerspruch, sie auf den guten Willen der Ärzte anzzuwiesen. Eine gesetzliche Verpflichtung der Kassen hat eine entsprechende Pflicht der Ärzte zu ihrer notwendigen Voraussetzung. Aber wollte man wirklich dieses Bedenken so lange unberücksichtigt lassen, wie sich praktische Nebenstände nicht ergaben, so hätte man mindestens den Punkt regeln müssen, der, wie schon bemerkte, in erster Linie zu Streitgefechten Anlaß zu geben pflegt, nämlich die Honorarfrage. Daß die Kassen nicht bestehen könnten, wenn sie die in der allgemeinen Kapitulation festgesetzten Beiträge zahlen müssten, ist unbefriedigend. Es wäre deshalb erforderlich gewesen, sie für die Kassenpraxis durch andere zu ersezten, die nicht der Vereinigung der Parteien überlassen werden durften, sondern wenigstens für den Fall, daß es zu

keiner Einigung kommt, obrigkeitlich festgestellt werden müßten.“

Die in der Cölnner Resolution geforderten gesetzlichen Maßnahmen dürfen unter diesen Umständen nicht länger hinausgeschoben werden, denn es liegt im bringendsten Interesse der Kranken, daß derartige Zustände, wie sie ein Arztrechtsstreit hervorruft, auf schnellstem Wege beseitigt wird. Welche Richtung diese Geschiebung einschlagen soll, darüber gehen die Ansichten der beteiligten Kreise auseinander. Sowohl der Cölpalger Krankenfassungskongress vom 28. Januar 1904, wie eine an den Reichstag gerichtete Denkschrift vom 8. Dezember 1905 und die 14. Jahrestagerversammlung des Centralverbandes der Ortskrankenkassen vom 20. August 1907 in Mannheim haben eine Aenderung dahin gefordert, daß entweder der Kurierzwang wieder eingeführt oder den Kassen die Befugnis gegeben würde, ihren Mitgliedern anstatt der drostlichen Behandlung eine bloße Geldsumme zu gewähren. Von einer anderen Seite ist die Auseinandersetzung beamteter Ärzte angeregt.

Wie aus dem Schreiben an den Staatssekretär von Bethmann-Hollweg hervorgeht, beharren die Führer der Ärzte auf ihrem Standpunkte, ihre Forderung durch rein wirtschaftliche Kämpfe durchzuführen zu wollen, mitsamt auch die Kranken dabei zugrunde gehen. Deshalb müssen die in den Kassen vertretenen Arbeiter immer wieder fordern: Die Ausstragung von Streitigkeiten zwischen Ärzten und Krankenkassen darf nicht mehr beim Machtkampf durch Streiks oder Boykotts überlassen bleiben, sondern es sind Einrichtungen zu treffen, die das unter allen Umständen verhindern.

Als das geeignete Mittel hierzu erscheint das obligatorische Schieds- und Eingangsverfahren. Es ist zu bedauern, daß die Ärzte dies Mittel rundweg ablehnen und mit großer Schrosigkeit erklären, daß sie nichts davon wissen wollen. Dies ist ein durchaus unverständlicher und ungerechter Standpunkt und es wäre sehr zu wünschen, daß sich die Ärzte im Streit endlich einmal wieder ihrer sozialen Verpflichtung bewußt würden, anstatt sich nach der Weise mittelalterlicher Ritter einfach auf den Boden des Faustrechts zu stellen.

### Hat sich die Lage der Arbeiter gehoben?

Die Unternehmer können sich nicht genug darin tun, die zweitklassig gegen früher höhere Löhne als einen Beweis von der verbesserten Lebenslage der Arbeiter vorzutragen. Unwirksam dies aber in Wirklichkeit zutrifft, wird in einer soeben erschienenen streng wissenschaftlichen Arbeit über „Die deutsche Schuhindustrie von dem Gewerbe-Ministerialrat Dr. Karl Rehe“ (Verlag von Gustav Fischer, zweites Heft der Abhandlungen des Staatswissenschaftlichen Seminars, Jena) an einigen sehr interessanten statistischen Beispielen gezeigt, die unwiderleglich richtig sind und keinerlei Deutung zulassen.

Dr. Rehe stellt zunächst fest, wie die Löhne in der Schuhindustrie seit 1850 gestiegen sind. Im Jahre 1850 verdiente ein Schuhmachergehilfe in Erfurt wöchentlich 6 Mtl. wofür er sich auch Post und Logis beschaffen mußte. Der Verdienst betrug in den folgenden Jahren: 1865 in Hamburg 8,50 Mtl., 1872 in Hannover 6—9 Mtl., nach der Reichstagsperiode der Berliner Schuhmacher im Jahre 1877 in Berlin 12—18 Mtl., nach den Untersuchungen des Verbandes deutscher Schuhmacher im Jahre 1877 in 38 Orten Deutschlands durchschnittlich 9—10 Mtl., bei einem Minimallohn von 18 Mtl., 1891 in 18 Orten Deutschlands durchschnittlich 11,50 und 1897 in 127 Orten mit 17.254 Arbeitern durchschnittlich 12,88 Mtl. In den Jahren 1897 bis 1907 seien dann die Löhne weiter gestiegen, und wie 20 Tarifverträge aus den Jahren 1908 bis 1907 zeigen, würde heute in den in Betracht kommenden Städten im Schuhmacherhandwerk im Durchschnitt ein Mindestlohn von 17,50 Mtl. gezahlt. In der Haushaltungsindustrie sind die Verdienste wesentlich niedriger. In den Schuhfabriken werden verhältnismäßig höhere Löhne erreicht als im Handwerk. In 11 Erfurter Schuhfabriken betrug der durchschnittliche Wochenverdienst 18 Mtar., wobei zu berücksichtigen ist, daß 12 Prozent jugendliche und 88 Prozent weibliche Arbeiter unter den Beschäftigten sind. Die Löhne sind also zweifellos viel höher als früher. Aber das Bild bekommt ein ganz anderes Gesicht, wenn die Löhne vom Jahre 1850 und die heutigen mit den jeweiligen Preisen der Lebenshaltung verglichen werden! Dr. Rehe hat die Lebensmittelpreise nach den Marktberatelpreisen, wie sie im Umsatzblatt der Königl. Regierung zu Erfurt monatlich angegeben sind, für den Jahresdurchschnitt berechnet und dann folgenden Vergleich der Löhne im Schuhgewerbe mit den Preisen der Lebenshaltung in Erfurt 1850, 1890 und 1907 aufgestellt. Es kosteten in Erfurt Wochenverbrauch einer Familie

Menge	Gegenstand	1850	1890	1907
		M	M	M
1,0 kg.	Winfleisch	0,60	1,95	1,40
0,8 "	Schweinefleisch	0,46	1,16	1,32
0,5 "	Hammelfleisch	0,28	0,57	0,78
0,5 "	Eßbutter	0,60	1,08	1,15
10,0 "	Kartoffeln	0,47	0,52	0,70
8,0 "	Roggen zu Brot verbadden	0,54	1,43	1,54
2,0 "	Weizen zu Brot verbadden	0,23	0,38	0,40
		Summe.	3,08	6,46
		Miete pro Woche für eine Wohnung von Stube, Kammer und Küche	0,92	3,50
		Bergleichswert.	3,96	9,98
				11,29

Im Jahre 1850 konnte also ein Arbeiter mit 8,98 Mtl. ebensoviel Lebensaufwand bestreiten wie im Jahre 1907 mit 11,29 Mtl. Das heißt, die Preise für Lebensmittel und

Wohnung sind auf das dreifache gestiegen, wobei allerdings die im allgemeinen komprimiertere Ausstattung der heutigen Wohnungen gegenüber denen vor 50 Jahren zugunsten der jetzigen Verhältnisse ins Gewicht fällt. Dr. Rehe zeigt nun noch, was dem Arbeiter nach Besteitung der notwendigen Lebensbedürfnisse in den verschiedenen Jahren für Bekleidung, Kulturbedarfsstoffe usw. vom Jahre übrig geblieben, durch folgende Gegenüberstellung:

Arbeiterkategorie	Löhne pro Woche in Mtl.		Der Vergleichswert macht wieder Vergleichungen z. bleiben Prozent bez. Löhnes	Für sonst. Lebensmittel, Betreuung usw. 1850 1890 1907
	absolut	Proz. vom Löhne aus?		
Gehilfen im Handwerk:				
Durchschnitt . . .	8,0 12,5 18,0	65,8 79,6 62,7	34,2 20,4 87,8	
Maximum . . .	9,0 15,0 25,0	45,0 68,4 45,2	55,0 33,6 54,8	
Fabrikarbeiter:				
weibl. ab 16 Jahre	3,5 11,0 15,0	113,0 90,6 75,9	13,0 9,4 24,7	
männl. über 16 Jahre	6,0 16,0 22,0	65,8 82,3 51,3	34,2 37,7 48,7	
Bruchnebler . . .	10,0 18,0 25,0	99,5 55,3 45,2	60,5 44,7 54,8	
Maximum . . .	12,0 25,0 26,0	32,9 30,0 32,3	37,1 161,0 67,7	

Auch Dr. Rehe muß nach dieser Feststellung zugeben, daß im Jahre 1907 der relative Lohn gegenüber 1850 wesentlich, aber gegenüber 1890 nur unwesentlich gestiegen sei, mit anderen Worten: Der Prozentsatz des Lohnes, der nach Besteigung des elementarsten Mahnungs- und Wohnungsbedürfnisses übrig blieb, war 1890 wesentlich geringer als im Jahre 1850 und er ist erst heute durch die Kämpfe der gewerkschaftlichen Organisationen im großen und ganzen wieder auf derselben Höhe angelangt wie 1850. Stellt nun zwar dieser prozentuale gleiche Lohnanteil heute eine größere absolute Geldsumme wie vor 50 Jahren dar, so ist doch zu berücksichtigen, daß auch die Preise der „sonstigen Lebensmittel“, ferner die Kosten der Vergnügungen, die Preise für Bier usw. heute ganz bedeutend höher sind als 1850. Andererseits sind freilich die Industrieartikel im allgemeinen im Preis gesunken, bis auf die allerjüngste Zeit, in der die preisverwertende Wirkung der Kartelle eingesetzt hat, so daß schließlich doch eine kleine Verbesserung der Gesamtlebenshaltung resultiert hat. Daß dieselbe nicht annähernd so groß ist wie die einfache Betrachtung der Nominalhöhe vermuten läßt, dürfte durch obige Zahlen unüberleglich dargetan sein. Das einzige Nichtillusorische ist eigentlich nur die Verkürzung der Arbeitstage von 16 auf 10 und auch 9 Stunden. Das ist das Verdienst der Gewerkschaften. Über an Stelle der langen Arbeitszeit ist auch ein weit intensiveres, anstrengendes Arbeiten getreten.

So beweist die Untersuchung denn zwar den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation, ohne die die Lebenshaltung der Arbeiter auf ein immer tieferes Niveau gefallen wäre, aber sie zeigt auch, in welchem Maße die gestiegenen Preise für Lebensmittel und Miete die seit 1850 errungenen Lohnhöhungen weit gemacht haben.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Neue Schwächezustände an den Börsen. — Das Allgemeinbild in Amerika, England und Deutschland. — Reederei und Auswanderung.

Wir sind noch lange nicht über den Berg, oder richtiger: über die leichten Tiefen der Krise hinüber. Da einzelne Industriezweige fast in jedem Lande eine erfreuliche Ausnahme bilde, so läßt man sich leicht zu einem hoffnungsreicheren Allgemeinurteil verleiten. Über jeden ungünstigen Zwischenfall sieht sowohl sich erstreckende, verhängnisvolle Wirkungen aus, daß damit am allerbesten die fortwährende Schwäche der durchschnittlichen Wirtschaftsszustände erwiesen ist.

Gleich nach dem Märzansatz bildeten wiederum die Walla wirken die Ursachen empfindlicher Geschüttungen an allen Börsen. Die dritte Märzwoche, die jeden Tag den kriegerischen Zusammenstoß zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu bringen drohte, brachte naturgemäß die Kurse am weitesten herunter; meist war absonder der 18. März der Wendepunkt, weil sich gleich darauf wieder feindliche Flüchtlinge zu eröffneten schienen. Über vom 18. bis 18. März sanken beispielweise: Bochumer Gußstahl von 218,75 auf 210,80, Gelsenkirchener Bergwerk von 184,25 auf 177,75, Phönix von 188,— auf 189,10, Düsseldorfer Bergwerk von 184,90 auf 242,—, Dresden-Bank von 149,50 auf 146,90, Österreichische Kreditaktien von 197,40 auf 194,75, Russenbankaktien von 188,50 auf 185,50. Selbstverständlich blieben die Unleidewerte der nächstbeteiligten und schließlich aller interessierten Staaten nicht unverschont. Die 1902er 4prozentigen Russen gingen in Berlin von 88,75 auf 82,80 herunter, die 4prozentigen Tsaren von 94,20 auf 98,80. Und selbst unsere einheimischen Staatspapiere hielten nicht stand, obwohl sie erst in den letzten Monaten sich stetig lärmlich und langsam genug verbessert hatten. So galt die 4prozentige Staatsanleihe zwischen dem 18. und 18. März immerhin von 86,20 wieder auf 85,60 herab.

Da jeder Krieg vor allem den Geldmarkt stark anspannen und die geldgebenden Banken zu größter Vorsicht anstreben würden, so fühlen besonders diejenigen Unternehmenszweige den Rückgang, die wie das Baumwollgeschäft, um meistens in ihrer Zukunft auf „fremdes Geld“ angewiesen sind. So ging von den Berliner Bau- und Terraingesellschaften zwischen dem 18. und 18. März (in Klammern fügen wir den mehrfach bereits wieder günstigeren 20. März bei) herunter: Berlin-Nordost von 264,50 auf 256,— (258,—), Berliner Terrain- und Baugesellschaft von 156,— auf 129,28 (181,50), Bodengesellschaft Hochbahn Schönhauser Allee von 107,10 auf 100,50 (104,50), Frankfurter Chaussee von 187,— auf 180,— (184,—), Nordpark-Terrain von 8080 auf 2970 (2040), Schöneberg Friedenau Terrain von 193,28 auf 185,10 (190,50), Schönhauser Allee von 870,— auf 85,— (858,—), Weißenseer Bauverein von 1885 auf 1812 (1880). Das mag, wie schon die bisherige Erfahrung zeigt, mit den politischen Wetteraussichten rasch wechseln; aber es offenbart, wie wenig gefestigt die Ansätze zur Besserung vorläufig noch sind.

erner wird durch eine ganze Reihe der jüngsten Erfahrungen bewiesen, daß diese verhaltene Unsicherheit und

(Fortsetzung folgt.)

Depression international, für alle kapitalistisch hochentwickelten Länder gilt.

In den Vereinigten Staaten von Amerika hat die Freigabe der Eisen- und Stahlpreise durch die maßgebenden, früher verbündeten Unternehmungen zwar die Preise tief nach unten fallen lassen, aber sie hat die Konkurrenz der Abnehmer trotzdem nicht anzufachen vermögen. Die Abnehmer, soweit sie überhaupt ihrerseits mit einem besseren Zukunftsbild rechnen können, warten weiter ab, weil nach ihrer Meinung die Preise noch weiter sinken müssen und weil ihnen nach dieser Richtung vielleicht außerdem noch Böllermäßigungen zu Hilfe kommen können. „In Eisen- und Stahlkreisen“ urteilt ein sachverständiger Berichterstatter, „ist die Ansicht vorherrschend, daß die Industrie für die nächsten sechs Monate in denormalisiertem Zustand bleiben wird.“ Von der angekündigten Rohverkürzung für die Zeit nach dem 1. Mai — bis dahin laufen noch die alten Vereinbarungen — werden etwa 240 000 Arbeiter des Stahlkrusts und im ganzen wohl gegen 600 000 Arbeiter der Eisengewerbe betroffen.

In England ist das Bild ein ganz ähnliches, obwohl die Arbeitslosenstatistik des Labour Departments eine leise wirtschaftliche Hebung in den allerletzten Monaten zu ergeben scheint, allerdings noch immer unter starkem Zurückbleiben gegen das bereits abnorm schlechte Vorjahr (Ende Februar 8,4 Proz. Arbeitslose bei 416 Trade Unions mit 696 688 Mitgliedern, Ende Januar 1909 8,7 Proz., jedoch Ende Februar 1908 immerhin nur 6 Prozent). Über nach derselben Quelle überwogen im Februar die Lohnkürzungen ganz bedeutend. Von 148 000 Arbeitern, für die Lohnänderungen irgendwelcher Art zu verzeichnen waren, hatten 144 000, vor allem Durhamer Kohlenbergleute, Hüttenarbeiter und Manchester Maschinenbauer, Lohnreduktionen zu erdenken. Der oft erwähnte Rückgang des englischen Außenhandels hat sich im Februar nochmals fortgesetzt. Die Warenausfuhr fiel gegen Februar 1908 um 1,96 Millionen Pfund Sterling, die Ausfuhr englischer Waren um 3,98 Millionen Pfund Sterling, und nur die Ausfuhr kolonialer und fremder Erzeugnisse hob sich um 0,98 Millionen Pfund Sterling. Bei den Schiffbauern am Tyneflux breite sich eine förmliche Panik aus, je mehr die alten Aufträge ihrer Erledigung entgegenstehen und je weniger neue Aufträge hereinkommen. Große Mengen von Menschen sammeln sich täglich an den Eingängen in der Hoffnung, auf eine Wendung zum Besseren, und man schätzt die Zahl der gegenwärtig am Tyne Arbeitslosen auf 13 000. Der Glasgower Eisenmarkt zeigt nichts von der Belebung, die sonst jedes Frühjahr mit sich bringt. In Middlesbrough häufen sich die Roheisenanlagen, während die Preise weiter sinken. In der Lancashires Baumwollindustrie dürfte es in nächster Zeit im allgemeinen Betriebs einschränkungen kommen, weil man die enorme Überproduktion, die sich aus den makulosen Neugründungen und Erweiterungen der letzten Jahre ergab, anders nicht mehr loswerden kann. Dagegen scheint die Leinenindustrie in Darwen, Belfast und Dundee sich wesentlich gehoben zu haben. Auch die Wollgewerbe leiden viel weniger wie die Baumwollbranchen Lancashires.

Deutschland hat sich bisher noch immer etwas günstiger halten können wie die erwähnten beiden größten Industriestaaten. Über die Februar einfuhr (87,31 Millionen Doppelzentner) ist um über 8,8 Millionen Doppelzentner hinter dem Februar 1908 (46,63 Millionen Doppelzentner) zurückgeblieben, die Februarausfuhr um über 2,48 Millionen Doppelzentner (84,69 Millionen Doppelzentner im Februar 1909 gegen 87,17 Millionen Doppelzentner in 1908). Auch wenn man berücksichtigt, daß der vorjährige Februar wegen des Schaltjahres einen Tag mehr zählte, so bleibt der Absatz ganz beträchtlich. Die deutschen Eisenbahnen ergeben im Februar, gegenüber dem gleichen Vorjahrsmonat, ein Minus von 41 317 Mark, oder pro Kilometer 2,77 Proz. weniger; im Güterverkehr ein Minus von 7 661 165 Mk., oder pro Kilometer 7,65 Prozent weniger. Der Unterschied von einem Tage läßt auch hier das Schlußergebnis immer noch unerfreulich genug. Das einzige, worauf Optimisten hinweisen könnten, wäre die Meliorierung des Absatzes pro Tag und Kilometer seit November. Auf den Tag berechnet, gestaltete sich nämlich die Einnahme aus dem Güterverkehr pro Kilometer in Mark:

	November	Dezember	Jänner	Februar
1907/08 . .	96,8	81,4	80,4	75,4
1908/09 . .	89,3	76,7	76,4	83,7
Spannung . .	-7,5	-4,7	-5,0	-3,8

Die Roheisenherstellung in Deutschland (und Luxemburg) betrug während des Monates Februar 1909 949 667 Tonnen, gegen 994 186 Tonnen im Februar 1908 und 978 191 Tonnen in 1907. Für die Zeit vom Jahresbeginn bis Februarende stellte sie sich auf 1 971 388 Tonnen, gegen 2 055 518 Tonnen in 1908 und 2 040 842 Tonnen in 1907. In den Textilgewerben ist man schon damit zufrieden, daß im allgemeinen eine nochmalige Verschlechterung ausgeschlossen ist. So heißt es Mitte März in einem durch die Arbeitspresse laufenden Überblick: „In den Baumwollwebereien ist die Beschäftigung noch durchaus ungenügend. Im M.-Glaubacher Bezirk, in Schlesien, Oberfranken, Sachsen und der bayerischen Industriemetropole Augsburg stehen zusammengekommen noch viele Laufende Webstühle still. Nur in einzelnen Zweigen dieser Branche hat die Besserung angehalten. So in den sogenannten Buntwebereien und der Fabrikation von Futterstoffen. In anderen Zweigen aber ist nach kurzer, vorübergehender Belebung wieder ein Rückgang gefolgt. Das gilt vor allem für die Webereien der sächsischen Baustadt. Auch die Dedenfabrikation in Hohenstein-Ernstthal, Lichtenstein-Görlitz und in Oberfranken liegt noch sehr daneben.“

Unsre Großbetriebe kommen jetzt mit ihren Jahresberichten heraus, und diese liegen exklusivweise für die Aktionäre recht unerträglich. So betrug bei der Hamburg-Amerika-Linie 1908 die Gesamtbruttoneinnahme 18,68 Millionen Mark, gegen 20,56 Millionen Mark in 1907, 27,82 Millionen Mark in 1906, 29,99 Millionen Mark in 1905. Es blieb ein Betriebsgewinn von 12,88 Millionen Mark, gegen 25,24 Millionen Mark in 1907, 32,80 Millionen Mark in 1906 und 38,14 Mill. Mark in 1905. Obwohl für Beschreibungen, Reserveversicherung und Erneuerung diesmal viel geringere Beträge wie früher angezeigt wurden (für 1908 12,68 Millionen Mark, dagegen 1907 17,80 Millionen Mark, 1908 21,52 Millionen Mark, 1905 23,86 Millionen Mark), so bleibt

dennoch nichts zur Dividendenverteilung übrig, während man 1907 noch 6 Proz., 1906 10 Proz. und 1905 11 Proz. ausschütten konnte.

Herr Vollin hofft jedoch auf eine rasche Hebung des Verkehrs mit Amerika. Bisher ist das nur für die lebende Fracht der Auswanderer eingetreten. Neben Hamburg wurden nämlich im Januar und Februar zusammen 20 473 Personen befördert, gegen 800 Personen im gleichen Zeitraum des Vorjahres (und 26 169 in 1907). Von Bremen aus gingen gleichzeitig über See 26 507 Personen, gegen 6738 in 1908. Vor allem die zeitweilig zurückgewanderten scheinen wieder Mut geschöpft zu haben, obwohl man hier nur vor Illusionen warnen kann.

Berlin, den 21. März 1909. Max Schippel.

## Lohnbewegungen.

Zugang ist strengstens fernzuhalten nach Cuxhaven und Oldenburg (Grßh.).

Zu Nr. 7 des Deutschen Gewerbeblattes veröffentlichten zwei Kollegen an alle Männer des S. D. G. T. folgende

### dringende Warnung:

Seit Sonnabend den 13. März 1909 sind die Kollegen in Cuxhaven von den Arbeitgebern ausgesperrt. Infolgedessen richten wir an alle Ordensmitglieder unserer Branche die dringende Bitte, unter keinen Umständen Arbeitwilligen die an diesem Blaue zu verrichten!

Hierzu bemerkt die Expedition des G.T.: „Den Abschluß des obigen Antrags glauben wir nicht ablehnen zu dürfen, weil es die Folge einer Anzeige in Nr. 6 unserer Beitschrift ist, in der „nichtorganisierte“ Malergehilfen nach Cuxhaven gesucht wurden. Die Ablehnung dieses Antrags unterblieb infolge eines Verschens eines Angestellten und wir bedauern, daß dadurch der Anschein erweckt worden ist, als führen wir unser Prinzip völiger Neutralität nicht auch nach dieser Richtung hin streng durch. Es ist dafür Sorge getragen, daß ein solches Versehen sich nicht wiederholt.“

### b. Bezirk.

Apolda i. Th. Nach vielseitigen Versuchen, nach denen gewöhnlich in früheren Jahren unsere Organisation am Orte wieder verloren ging, ist es nun endlich wieder gelungen, auch hier einen Tarif zu schaffen. Noch im Vorjahr sträubten sich unsere Unternehmer unter den alten dünktlerischen Vorwänden erfolgreich dagegen. Nachdem sie jedoch in diesem Frühjahr sahen, daß unsere Organisation in Apolda seit zweijährigem Bestehen sich ständig entwickelt hat und von dauerndem Bestand sein wird, ließen sie ihre früheren rückständigen Gedanken fallen, mit Recht schriftend, wir würden unseren Forderungen ablehnendenfalls den erforderlichen Nachdruck verleihen. Nach zweimaligen Verhandlungen wurde u. a. festgelegt: die 10stündige tägliche Arbeitszeit und ein Mindestlohn von 84 Pf. für Gehilfen im ersten Gehilfensehre und 88 Pf. für alle übrigen Gehilfen. Für Überstunden wird ein Bushag von 5 Pf. für Sonntags- und Nachtarbeit ein später von 10 Pf. pro Stunde gezahlt. Bei Landarbeit über 4 Kilometer vom Marktstand werden pro Tag 80 Pf. und die Laufzeit, bei Landarbeiten, wo übernachtet werden muß, wird pro Tag 1,50 Mk. Auslösung gezahlt. Allordarbeit ist ausgeschlossen. Die übrigen Bestimmungen sind in der Hauptstrecke beim Normaltarif angepaßt. — Ist auch der Lohn noch verhältnismäßig niedrig angesetzt, so bedeuten die angegebenen Sätze gegen die jetzt üblichen Löhne immerhin eine Verbesserung, abgesehen davon, daß auch die endliche Feststellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gute Wirkungen auslösen wird. Da von nun an unser Verband in Apolda sicherlich von dauerndem Bestand ist, wird es unser aller Bestreben sein, dahin zu wirken, daß auch wir uns bald mit unseren viel zu lange vernachlässigten Verhältnissen gegenüber unseren Nachbarstädteln, wo die Kollegen sicher erwachten, sehen lassen können.

Werbau i. S. Nach Abschluß des Normaltariffs ist auch hier ein Tarif vereinbart worden, der am 1. April in Kraft tritt. Gegenüber den bisherigen unregelmäßigen Verhältnissen bedeutet dies einen Fortschritt. Es ist zu hoffen, daß die hierigen Kollegen das zu würdigen wissen und sich von nun an mehr als bisher innerhalb der Organisation betätigen. Der Tarif setzt fest: Täglich zehnstündige bzw. wöchentlich 50stündige Arbeitszeit; für Männer über 20 Jahre 43 J., unter 20 Jahren 37 J. Stundenlohn; Unstreicher erhalten 36 J. Für Überstunden werden 10 J. für Nacht- und Sonntagsstunden 20 J. und für Auf- und Übrigen 5 J. Bushag pro Stunde gezahlt. Die Auslösung bei Landarbeit beträgt 1,75 bzw. 1,80 Mk. pro Tag. Die übrigen Positionen entsprechen dem Normaltarif. Nachdem nun mit dem beginnenden Frühjahr die Arbeitsgelegenheit wieder einsetzt, wird dafür gesorgt werden, daß der Tarif am 1. April in allen Werkstätten zur Durchführung kommt.

## Aus unserem Berufe.

### Bezirkskonferenzen für den 5. Bezirk.

Für den 5. Bezirk fanden Sonntag den 14. und Sonntag den 21. März zwei Konferenzen statt: Für das Königreich Sachsen (früherer 5. Bezirk) in Dresden; für Thüringen, Provinz Sachsen und Anhalt (früherer 7. Bezirk) in Halle. Auf diesen Konferenzen war Stellung zu nehmen zu der gegenwärtigen Situation, der bevorstehenden allgemeinen Tarifbewegung, zu den zu erledigenden agitatorischen Aufgaben und zu dem Ausbau der Organisation, besonders in Rücksicht auf die Beschlüsse der Kölner Generalversammlung.

Beschluß waren die Konferenzen von 52 Delegierten und 48 weiteren Vertretern, besonders aus Zweigstellen mit beratender Stimme. Der Konferenz in Halle wohnte außerdem Kollege Tobler bei.

Bezirkleiter Streine veranschaulichte in seinem Bericht über die letzten zwei Jahre zunächst die Entwicklung unserer Gesamtorganisation und wies an der Hand der Mitgliederstatistik nach, daß die Entwicklung des 5. Bezirks völlig normal, ja in Rücksicht auf die außerordentlich schlechte Wirtschaftslage in fast allen Orten,

immerhin noch günstig zu bezeichnen wäre. Sei die Mitgliederzahl der Gesamtorganisation gestiegen nach verkaufsten Marken von 28 626 im Jahre 1908 auf 39 485 im Jahre 1909, so stieg die Mitgliederzahl im 5. Bezirk in denselben Zeitraum von 6217 auf 7203 Mitglieder. Nach den Mitgliederlisten waren im 5. Bezirk vorhanden 1908 6845 und 1909 7308 Mitglieder. Wie in der Gesamtorganisation die Aufnahmen 1908 zurückgingen auf 16 578 gegen 27 434 im Jahre 1908, so im 5. Bezirk 1908 auf 2871 gegen 3751 im Jahre 1908. Aber auch in beiden Abteilungen des Bezirks sei die Entwicklung nach der Verschmelzung gleichmäßig in völlig normaler Weise vorstarken gegangen. Nach Beiträgen berechnet, stieg die Mitgliederzahl im Königreich Sachsen 1908 auf 4459 gegen 4388 in 1907 und 4187 im Jahre 1906. In Thüringen und Provinz Sachsen 1908 auf 2764, gegen 2612 in 1907 und 2800 im Jahre 1906. Die Mitgliederzahlen nach den Mitgliederlisten und die Aufnahmen zeigten dasselbe Bild.

Die erfolgte Heranziehung besonders der im Bezirk tätigen sechs Filialangestellten und des Zusammenschlusses der Filialen in der weiteren Umgebung größerer Städte haben bis in Städte auf die Ungunst der Verhältnisse nicht ungünstige Entwicklung mit gebracht. Am besten entwickelte sich die Organisation, wo man der Haussortierung die größte Bedeutung heimesse. In Großstädten habe sich die Einsetzung bestehender Haussortierer ausgezeichnet bewährt; zu bedauern sei, daß man noch vereinzelt rückständig genug sei, sich gegen eine solche notwendige Einrichtung zu sträuben. Die Notwendigkeit der veränderten Taktik bei Lohnbewegungen hätten die Kollegen im allgemeinen nach erfolgter Auflösung, über die dieser zu Grunde liegenden tieferen Niederlassungen, schnell begriffen und anerkannter Weise Rechnung getragen. Lohnbewegungen wurden 1907 23 und 1908 20 geführt. Davon kam es in 18 Fällen zum Kampf. Durch die Bewegungen wurden erreicht: wöchentlich 4807 Stunden Arbeitzeitverkürzung und wöchentlich 10404,1 Mark Lohnverkürzung. Die Unternehmerorganisation sei im Bezirk, besonders in den kleineren und Mittelstädten, noch wenig entwickelt und die gegnerischen Gewerkschaften führen ein lämmliches Dasein. Die Lokalkassen-Bestände haben sich 1908 von 12722,38 Mk. auf 19892,81 Mark erhöht. Würde sich die Organisation speziell in Plauen, Leipzig und einigen Orten der Provinz Sachsen ebenso entwickeln wie beispielweise in Dresden, der Lausitz, Chemnitz nebst Umgebung, Zwickau, Leisnig, Altenburg, im größten Teile Thüringens usw. bis zu 50 Prozent der Beschäftigten, so würden wir allem, was auch kommen möge, bei unausgefeilter Tätigkeit für unsere gute Sache, in Städte entgegenziehen können. Am übrigen könnte der Berichterstatter auf seinen im Druck vorliegenden und in Nr. 8 des Vereins-Anzeigers veröffentlichten Bericht hinweisen.

In den Debatten über den Bericht wurde auf der Dresdener Konferenz von Höhzel-Leipzig bezieht, daß durch ständige Haussortierung die Mitglieder erhalten werden könnten. Dieser Meinung traten Springer - Dresden, Schulz - Kamenz, Pischke - Görlitz, Weiß - Chemnitz, Böh - Zwickau u. a. gestützt auf praktische Erfahrungen an den von ihnen vertretenen Orten, unter allseitiger Zustimmung entgegen.

Auf der Konferenz in Halle knüpfte sich an den Bericht keine Debatte. Soviel in Dresden konnten vom Vorsitzenden Kaufmann, wie in Halle vom Vorsitzenden Mehrhorn konstatiert werden, daß von keiner Seite Einwendungen gegen die Tätigkeit des Bezirksteiters erhoben worden seien.

Unter Punkt 2, Agitation und Ausbau der Filialen, wurde auf beiden Konferenzen vom Kollegen Streine hergehoben, daß die Kollegenschaft über die gegenwärtige bedeutsame Situation und die uns bevorstehenden großen Aufgaben aufgeklärt und für unsere Ideen begeistert werden müsse, damit jeder einzelne zum Träger der Agitation werde. Außerdem gab es vielerlei Unregung über die beste Art und die Notwendigkeit intensiver Hauss- und Werkstattagitation, über eine bessere Ausgestaltung der Versammlungen, sowie der Veratungen in den Vorstandskreisen u. a. Ferner wurde ein für den Bezirk bestimmtes Blattblatt die Besorgung tüchtiger Referenten zu einem bestimmten Zeitpunkt, Unregungen zu besonderen allgemeinen Aktivitäten in Rücksicht gestellt und die Notwendigkeit der Heranziehung der Lernenden und Ausgelernten eingehend gewürdigt.

Zu der Debatte über diesen Punkt beantragte auf der Sachsen-Konferenz Böbbin-Plauen die zeitweise Auflösung eines Kollegen für Plauen beim Hauptvorstand zu befürworten. Der Antrag wird, weil die Konferenz dafür nicht zuständig war und der vorgeschlagene Weg keinen Erfolg verspricht, abgelehnt.

Dagegen wird ein Antrag angenommen, der es den Delegierten zur Pflicht macht, in ihren Filialen für allgemeine Einführung des jetzt bereits von zwei Dritteln der Kollegen gezählten Vertrags von 60 Pf. im Sommer und 25 Pf. im Winter einzutreten. — Schellhorn-Chemnitz will die Agitation vielseitiger gestaltet wissen.

Auf der Konferenz in Halle legte außerdem Kollege Mehrhorn eingehend dar, wie die Kleinagitation am besten systematisch betrieben werde. Außerdem entsteht eine längere Auseinandersetzung über die Verschmelzung von Filialen. Allseitig und unter lebhafter Zustimmung von bereits angegliederten Filialstellen wird die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines engeren Zusammenschlusses hergehoben. Mehrhorn und Möller-Gotha sowie Böggel und Frankenthal-Erfurt bewiesen dies an den Thüringer Verhältnissen, wobei von Frankenthal auf die Notwendigkeit der Anstellung eines Kollegen in Erfurt als Mittelpunkt von Thüringen hingewiesen wird.

Köller-Halberstadt und Peter-Magdeburg plädierten für Abschluß der Harzorte an Magdeburg. Auch Gau-P-Leipzig (Vertreter der Agitationskommission) und Müller-Beitz treten für Zusammenschluß ein. Streine ist der Meinung, daß man einen Angestellten erst fordern solle, wenn die Voraussetzungen dazu auch wirklich in einer größeren Filiale gegeben seien; die Auflösung umliegender Filialen werde dann bald erfolgen.

Köller begründet eingehend die Notwendigkeit der Centralisierung. Gerade die Beschlüsse der Generalversammlung machen den Zusammenschluß und den Ausbau der Verwaltungen unelässlich. Es werde sich dann zeigen, wo es fehle, und da müsse eingegriffen werden, um die erforderlichen Kräfte zu schaffen. Auch die jetzige An-

sammenfassung des 5. Bezirks habe den Wert der Bevölkerung gezeigt. Während man davon erst große Nachteile befürchtete, habe gerade die Konferenz bewiesen, daß sich die Rendierung bewährt habe.

**Aßlisch-Beck** (Vorsteher) erklärte, daß die Agitation unter den Lackierern unter dem Einfluß anderer Organisationen sehr leide.

Bei Punkt 2, Besprechung der bestehenden Tarifbewegung, referierte auf beiden Konferenzen Kollege Streine. Er kennzeichnete die Entwicklung des Tarifwesens in unserem Verbande, deren natürliche Konsequenz Bezirkstätigkeit und schließlich ein allgemeiner Tarif ist.

Hierauf erläuterte er die Kölner Resolution zur Frage der bleibfähigen allgemeinen Tarifbewegung in struktorieller Weise und zeigte, daß die Resolution selbstverständlich auf sie, von denen zu hoffen sei, daß sie allen Kollegen zugängig gemacht werden. Nach seinen Erfahrungen in fast allen Orten des Bezirks, in denen er über die Frage geredet habe, herrsche in Kollegentreffen, ebenso wie in Köln, nahezu völlige Einmütigkeit darüber, daß wir unter der jetzigen Taktik ebenso die Interessen unserer Kollegen zu wahren vermögen wie früher. Nur einig im Achten wir sein und den Verband zu einem wichtigen Faktor machen.

Während in Dresden die Ausführungen ohne Debatte allgemeine Zustimmung fanden, legten auf der Konferenz in Halle die Kollegen Tobler und Nechlorn noch eine weitere Stellung zur Tariffrage dar. Vor allem wies Tobler die Einwände derer zurück, die von unserer jetzigen Taktik Schaden wittern und zeigte durch verschiedene Beispiele, wie der Verband stets sich dem jeweiligen Stande der Entwicklung und den gegebenen Verhältnissen anpassend, die Lebenslage der Kollegenschaft verbessert hat. Wollen unsere Gegner einen Kampf, dann werden wir ihn zu führen wissen; wollen sie aber eine Verständigung auf einer annehmbaren Grundlage unter weiterer voller Anerkennung unserer Organisation, so werden wir uns verständigen. Hain-Halle und Mühlberg-Dessau plädieren für gleiche Entlohnung der Maler und Anstreicher, im Interesse der Befestigung der gegenseitigen Konkurrenz. Hierauf konstatiert der Vorstand allgemeines Einverständnis mit der Kölner Resolution.

Unter Verschiedenem erläuterte dann noch Kollege Streine die Arbeitslosenunterstützung. Kollege Kässisch-Beck wandte sich vom Standpunkt der Lackierer ab, daß die Unterstützung nur im Winter, wo die Lackierer nicht arbeitslos wären, gezahlt werden sollte. Dengegenüber wurde erklärt, daß dies keineswegs bei den Lackierern im allgemeinen zutreffe, und daß die jetzige Arbeitslosenunterstützung nur ein Provisorium bis zur nächsten Generalversammlung sei, wo die obligatorische Erwerbslosenunterstützung jedenfalls folgen werde. Auch in dieser Frage herrschte im übrigen auf beiden Konferenzen volle Einmütigkeit über die Nützlichkeit des Gesuchenen.

Hierauf behandelte Streine die Lackiererfrage und stellte hierzu für den Herbst eine allgemeine Statistik und nach Bedarf eine Bezirkskonferenz für die Lackierer in Aussicht.

Bezüglich der Durchführung der Bleiverordnung stellte er zu gegebener Zeit ein allgemeines Vor gehen an die zuständigen Behörden und die Presse im Bezirk in Aussicht. — Ebenso soll Anregung für eine einheitliche, fortlaufende Arbeitslosenunterstützung erfolgen. — Auch die Frage der Arbeitsnachweise und die gegen seitige Benachrichtigung bei Bedarf von Arbeitskräften wurde behandelt. — Zum Schlus gab Kollege Streine verschiedene Winkel verwaltungstechnischer Art über Monats-Revisionen, östliche Einwendung flüssiger Gelber und Weisse (Krankenscheine) an die Hauptklasse, über An- und Abmeldungen usw. usw.

Nach nahezu sechsstündigen ernsten, von größter Sachlichkeit und bestem Geiste getragenen Verhandlungen wurde die Dresdener Konferenz nach einem Schluswort Streines und die in Halle nach einem Schluswort Nechlorns, in denen die Verhandlungen nochmals veranschaulicht und zu energetischer Arbeit in diesem Jahre aufgefordert wurde, unter begeisterten Hochrufen auf unsern Verband geschlossen.

**Christliche Dummheit — oder Arbeiterverrat?** Beider muß konstatiert werden, daß sich die Christen in der Kölner Tarifschlichtungskommission bei jeder Entscheidung als Arbeiterverräte betätigten. Auch bei den am 28. März zur Entscheidung stehenden Fragen war das gleiche der Fall: 1. Entspricht es dem § 6 des Tariffs, daß Herr Throll den Anstrich der Fenster des Prinzen Arcos-Palais in Aßford ausführen läßt? 2. Ist der in der Mindestleistung für einfache Arbeiten festgelegte Quadratmeterpreis auch für diese Fenster und für die Wintersaison anwendbar?

§ 6 lautet: Aßfordarbeit ist in der Regel ausgeschlossen. Wird aber in Aßford gearbeitet, so finden die im Anhang festgesetzten Preise sinngemäß Anwendung. Der Aßfordvertrag muß schriftlich abgeschlossen werden.

Zirka 1900 Quadratmeter Fenster, die am 21. Januar an zwei Kollegen in Aßford vergeben wurden, bilben den Klagegrund. Vereinbart war zweimaliger weißer Anstrich in sauberer Ausführung, pro Quadratmeter 33 Pf. Also noch nicht einmal der im Anhang festgelegte Minimalpreis. Außerdem gaben die Kollegen an, der Aßford sei ihnen entgegnet, ihnen also das Ultimatum gestellt worden: Entweder Aßford — oder keine Arbeit.

Wir könnten uns mit vollem Recht auf die beim Tarifabschluß von den Meistern gemachten Ausführungen be rufen, die dahin gingen, Aßford sei zu bekämpfen und nur in außerordentlichen Fällen zugelassen. Als Beispiele für Aßfordzulassung führten die Meister damals an: 1. Wenn es sich um eine besondere Spezialität handle, worfür nicht genügend Kräfte vorhanden seien. 2. Wenn die Raumverhältnisse die Beschäftigung einer größeren Anzahl von Leuten nicht gestatten. 3. Wenn bei kurzer Lieferungsfrist nicht genug verhinderbare Arbeitskräfte vorhanden seien.

Alle diese Voraussetzungen treffen auf den vorliegenden Fall nicht zu. Die Arbeitgeber behaupten, bei Vergebung von Aßford überhaupt an nichts gebunden zu sein, der Wortlaut des § 6 habe den Sinn: Aßford sei gestattet. Eine Kontrolle ihres Geschäftsbarens würden sie niemals lassen. Ganz zu schweigen sei die Ansicht, daß bestimmte Gründe für Aßfordvergebung vorhanden sein müßten: nur

solle nicht ausschließlich in Aßford gearbeitet werden. Man vergleiche nun damit den Wortlaut und die dazu gegebenen Erklärungen. Der christliche „Kollege“ Neichenberger, der persönlich bei den Tarifverhandlungen als stummer Hörer teilgenommen hatte und der Schlichtungskommission als Mitglied angehört, konnte oder wollte sein Gedächtnis nicht offiziell darüber, was von den Arbeitgebern beim Tarifabschluß ge- und versprochen wurde, und stimmte zum Schlus mit den Unternehmern dafür, daß „der angefochtene Aßford zu Recht und im Einklang mit dem Tarif vergeben werden sei“. Auf die Meister wies dieser Vortrag nun ebenfalls ein großes Schlaglicht; von uns fordert man категорisch Bekämpfung der Schnellkonkurrenz; gelingt es dann wirklich einmal, einen der Herren zu stellen, ja Bauer, dann ist es etwas anderes. Dann stimmen die Herren Urbansch bekannt dadurch, daß er im Vorjahr selbst befennen möchte, den Tarif erheblich verletzt zu haben, und Bink als Meistervertreter der Schlichtungskommission dafür, daß der Tarif nur auf dem Papier stehe, jedoch nicht angewendet werden darf, soweit die Meister in Frage kommen. Frage 2 konnte deshalb auch nur dahin erledigt werden, daß die Firma Throll 1 Pf. pro Quadratmeter mehr bezahlen müßt, als fürstlich ver einbart war.

Also immer das gleiche Schauspiel: Die Christlichen mit den Unternehmern arm in Arm zur Herausförderung der Lebenshaltung des Arbeiters und für Sanktion des Tarifbruches der Unternehmer. Und solche Elemente geben noch vor, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Punkt Teufel!

#### Nun blühet wieder die Zeit der Blechschmiede.

**Lehrlingsentlassung — Gehilfenprüfung — Ausstellung von Schülerarbeiten** bieten so manchen Erinnerungs vorständen die erwünschte Gelegenheit, in albfekannter Weise den blühenden Blöddin zu verzapfen und ihre Unverlässigkeit als Stütze von Thron und Altar durch eine Schimpflanzrede auf die Sozialdemokratie, die begehrlichen und unzuverlebten Gehilfen nach oben hin in gefällige Erinnerung zu bringen. So verbraucht und durchsichtig dies Rezept auch ist, macht nichts, Jahr wie Jahr wird es hergeholt und in Stadt und auf dem Lande in der gewohnten Manier abgeleiert, von dem Grundsache ausgehend: Nichts ist so dummkopf, es findet doch sein Publikum! Weißt du auch Ausnahmefälle, wo einmal ein Kampf an der Spitze steht, dessen offener Blick die Verhältnisse erfaßt, wie sie liegen und die überlieferten Scheinpläne von sich zu halten weiß. Wir erinnern uns dabei spielsweise der Worte, die vor längerer Zeit ein Obermeister an die aus der Lehre entlassenen jungen Leute richtete: „Ein wichtiger Schritt in eurem Leben ist es, daß ihr nun als junge Gesellen den Kampf ums Dasein beginnen müßt. Ihr habt eure Lehrzeit gut ausgenutzt und auch die Kenntnisse erworben, die euch befähigen, überall in unserm Gewerbe euer Brot zu verdienen. Es mag sein, daß mancher von euch den Ernst des Lebens noch bitter kosten muß, denn auch tüchtige Gesellen unseres Berufes sind leider oft genug gezwungen, wochenlang keine Arbeit zu haben, — es ist eben nicht wahr, was so oft von Leuten, die das wirkliche Leben eines Handwerkers nur vom Hören lernen, in leichtfüßiger Weise in die Welt hinausposaunt wird: Wer arbeiten will, findet immer Arbeit!“ Bedenkt, wer dies Wort spricht, will ich ins Gesicht sagen: Du lädst! Kommen also über den einen oder den andern von euch später auch einmal schlimme Tage, dann denkt daran, daß nach Regen wieder Sonnenschein kommt und ein fester Charakter sich nicht sogleich dem Unglück beugt. Achtet und haltet hoch euren Verdienststand, den ihr nun erwählt, tut eure Pflicht und Schuldigkeit in eurem ferneren Leben sowohl eurem Meister als auch euren Nebengesellen gegenüber, mit einem Wort, bewährt euch als tüchtige Jungs und Berufskollegen, auf die eure Eltern und Lehrmeister stolz sein können. Es werden an euch auch früher oder später eure Witigkeiten herantreten und euch aufzufordern, dem Gehilfenverein beizutreten. Tut dies, wir Meister haben uns in den Innungen eine Organisation geschaffen, die unsere Interessen wahrnimmt; das gleiche Recht steht auch den Gesellen zu. Beide sollen ruhig ihre gegenseitigen Interessen fördern und können trotzdem zusammenarbeiten, wo es gilt, für das gemeinsame Wohl, für die Hebung unseres Gewerbes einzutreten. Und nun nochmals meine besten Glückwünsche zu eurem ferneren Fortkommen.“

Die Fachschule der Malerinnung zu Berlin veranstaltete vom 12. bis 14. März d. J. eine Ausstellung von Schülerarbeiten, die nach dem Urteil der Tagespresse eine allgemein verdiente Beachtung gefunden hat. Bei dieser Gelegenheit hielt der Herr Obermeister die übliche Ansprache, wobei er nach der Berliner Malerzeitung u. a. auch ausführte: „Die heutige Ausstellung unserer Fachschule muß doch einem jeden die Augen öffnen, daß unser Handwerk doch immer noch der Habilitationsarbeit vorziehen ist. Wenn auch der Junge, der Schule entwachsen, in den ersten Jahren seinen Eltern als Fabrikarbeiter etwas mehr Geld nach Hause bringt, so steigt doch sein Verdienst ganz immens, wenn er die Lehre durchgemacht hat. Durch Tarifverträge haben wir den Malergehilfen ein anständiges Auskommen gesichert.“ — Es ist blanke Unfassbar, was der Herr hier gesagt hat und ein trauriges Zeichen, wie uninformiert er als Obermeister über die sozialen- und wirtschaftlichen Verhältnisse der Berliner Malergesellen und Anstreicher ist. Tausende unserer Berliner Kollegen haben trotz des Tarifes kein anständiges, menschenwürdiges Auskommen, weil sie in unserm „schönen“ Gewerbe keine ständige Arbeit finden können, weil sie nicht nur in den Wintermonaten, sondern ebensofort in den Sommermonaten viele Wochen lang arbeitslos sind und oft froh wären, als Fabrik- oder Legenheitsarbeiter unterzukommen. Zugem haben wir in einer Reihe von Städten Kollegen, die das Jahr über länger in einer Fabrik tätig sind, als in ihrem eigentlich erlernten Berufe.

Darauf wandte sich der Herr Obermeister an die Eltern und Vormünder, indem er ihnen, wie wir es von diesem wackeren Freiunsmann nicht anders kennen, den Bauwunder der Sozialdemokratie an die Wand malte, die die Jugend und Lehrlinge verführte und systematisch von den Eltern und Meistern entfremde. Wir sind überzeugt, daß der Mann weder das Programm der „Arbeiterjugend“ kennt, noch jemals einer Zusammenkunft der Lehrlinge und Jugendlichen Arbeiter beigewohnt hat, daß hätte ihn aber trocken nicht ab, solches Blech zu schwärzen. Darum braucht er sich auch nicht zu wundern, wenn er mit

seinen Brandreden das gerade Gegenteil erreicht. All die Eltern, die aus Überzeugung ihre Kinder der Jugendorganisation aufzuhören, wissen, daß sie auf dem rechten Wege sind. Und die Jugendbewegung marschiert trotz aller Unkenrufe und Hebereien aus verborgten Gründenkreisen!

#### Bur Situation in München.

Es darf wohl als bekannt vorausgesetzt werden, daß in München in diesem Winter durch die allgemeine Arbeitslosigkeit hervorgerufen, eine derartige Notlage herrsche, daß sich die Stadtverwaltung zu einer außerordentlichen Haftaktion entschließen mußte, um die zahlreichen Arbeitslosen vor gänzlichem Verhungern zu schützen. Nach einem derartigen Notstand dauert es natürlich noch gerechte Zeit, bis auch nur einzigermaßen normale Verhältnisse erwartet werden können.

Zu der allgemeinen Arbeitslosigkeit tritt noch eine enorme Wohnungsnot, die den Hausherrn den Raum gewaltig anschwellen läßt, so daß sich diese im Steigern der Mietpreise und Schikanieren der Mietparteien gegenseitig kaum noch übertrumpfen können. Mietpreiszurückungen von 10 bis 15 Mark im Monat für eine Arbeiterwohnung sind durchaus nicht selten. Seine ungünstlichen Familien, die den verlangten Wucherzins nicht im voraus zahlen können, werden rücksichtslos aufs Pflaster geworfen, einzelne Familien sind seit Monaten vollständig aufgelöst, jede einzelne Person muß in einer anderen Schlafstelle Unterkunft suchen, während die Kinder so weit wie möglich unter bekannte Familien zerstreut sind.

Es muß schon ein besonders harter zerrissener Anfall eintreten, wenn eine derart verzerrte Familie auf einen Augenblick zusammenkommen kann.

Jeder denkende Mensch kann sich aus diesen traurigen Verhältnissen heraus vorstellen, wie es den verheirateten Kollegen am Orte ergangen ist und mit welchem Schmerz eine Veränderung der Situation erwartet wird, zumal die Wohnungsnot mit Recht eine rege Tätigkeit und damit volle Beschäftigung der ansässigen Kollegen erwartet ließ.

Doch anders denkt und handelt der junge Nachwuchs unseres Berufes. Ohne jede Überlegung, ohne Mitgefühl für die ausgehungen Familien, kommen die jungen und jüngsten Kollegen in Scharen angereist, streuen tagtäglich die bekannten Meister ab, drängen sich ihnen in ganz unqualifizierter Weise auf und zwar so lange, bis sie endlich eingestellt werden. Dadurch werden die älteren ansässigen Kollegen nicht nur um ihre Hoffnungen betrogen, sondern auch deren Familien zum Weiterhungern gezwungen.

Es ist dieses ein denkbar trauriges „Jungdeutschland“. In den Werkstätten glauben dann die Herrchen (teilweise mit Schnitzlöchern ausgestattet), daß sie den berühmten Kollegen am Orte ergangen ist und mit welchem Schmerz eine Veränderung der Situation erwartet wird, zumal die Wohnungsnot mit Recht eine rege Tätigkeit und damit volle Beschäftigung der ansässigen Kollegen erwartet ließ.

Es obliegt uns somit die Pflicht, beizutreten, der lernenden und ausgelernten Jugend viel mehr Erziehungsarbeit angedeutet zu lassen, wenn anders nicht die Kollegen sich selbst das eigene Grab bereiten wollen.

Es muß den jungen Leuten unbedingt eingeprägt werden, daß Notstandsgebiete, zumal in solcher Zeit, in der die ansässigen Kollegen noch auf dem Pflaster liegen, gemieden werden müssen. Des weiteren, daß das Herzumtreiben und Flusdringen bei den Meistern unter allen Umständen zu unterbleiben hat.

Wozu wäre sonst der Arbeitsnachweis vorhanden? Zudem auch da werden noch immer die Mietzugsbüroren der Meister unseren Nachweisen vorgezogen und wenn dann die Folgen in Gestalt fortgesetzter Mietregelung eintreten, dann soll die Organisation helfen und die Torheiten wieder ungeschehen machen.

Es ergibt also die dringende Aufrufforderung an alle Berufsschulen, daß sie sich in erster Linie in unserem Nachweise „West. Müllerbad“, Hans-Sachs-Str. 8, melden.

**Passau.** Am Sonntag den 14. März fand hier eine gut besuchte Versammlung statt, in der Kollege Dollinger-Stegenburg den Bericht über die Generalversammlung in Köln erstattete. Die daran geknüpfte lebhafte Diskussion, sowie einstimmig angenommene Resolution ergaben, wie sehr die antwortenden Kollegen mit dem Ergebnis der Generalversammlung einverstanden waren. Die Kollegen geben das Versprechen, unsern Verband nach Kräften zu unterstützen und weiter zu agitieren, damit besonders die Arbeitslosenunterstützung und die andern wichtigen Punkte noch gut ausgearbeitet werden können. Mögen dorum auch die Passauer Kollegen einsehen lernen, die bis jetzt noch dem Verband fernstehen, was mit vereinten Kräften geschaffen werden kann, denn gerade auch hier sind noch allerlei Missstände vorhanden, wie die Lebensverhältnisse der Bleiweißverordnung usw., die nur bei festem Zusammenschluß durch Auflösung der Kollegen befeitigt werden können. Sehen die Kollegen nur unsere östlichen hier ansässigen Maler und Anstreicher an, welches Los sie bereits betroffen hat, daß sie nur ein Spielball der Gaunen unserer Meister geworden sind, so muß sich jeder sagen: Ich will sorgen für meine Zukunft, indem ich dem Verbande austrete und dadurch ein Kämpfer werde für unsre gerechte Sache. Kollegen, in diesem Sinne auf zur geistlichen Organisations- und Agitationsarbeit!

#### Gewerkschaftliches und Soziales.

Ist eine Gewerkschaft eine Versicherungsanstalt? Bekanntlich war es eine Zeitlang ein sehr beliebtes Mittel, dessen sich die Behörden zur Schikanierung der Gewerkschaften bedienten, daß sie dieselben als Versicherungsanstalten ansahen, und ihnen demgemäß aufgaben, die obrigkeitsliche Genehmigung als Versicherungsanstalten einzuhören, die sie natürlich nie erhalten hätten. Um diesen Schikanen die Spalte abzuschneiden, hat man dann in die Statuten eine Bestimmung aufgenommen, nach der die im Statut vorgesehenen Unterstützungen gewährt werden können. Ein flagbares Recht ist also den Mitgliedern nicht zu. Tatsächlich ist es aber noch nie vorgekommen, daß einem Mitgliede auf Grund dieser Bestimmung eine Unterstützung verweigert

wurde, wenn sonst die statutarischen Voraussetzungen für den Bezug erfüllt waren.

Die gewerkschaftliche Organisation ist also keine Versicherungsanstalt im Sinne des Gesetzes, und keine Krankenkasse ist berechtigt, die vom Verbande gewährte Krankenunterstützung auf das von ihr zu zahlende Krankengeld einzurechnen und ebensoviel besteht für die Verbandsmitglieder eine Verpflichtung, ihre Mitgliedschaft im Verbande ihrer Krankenkasse anzugeben.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse in Senftenberg weiß das offenbar nicht, denn er hat Mitglieder des Holzarbeiterverbandes mit einer Ordnungsstrafe belegt, weil sie es unterlassen hatten, ihre Verbandszugehörigkeit bei der Kasse zu melden. Natürlich lieken sich das die Betroffenen nicht gutwillig gefallen, und einer von ihnen erhob Beschwerde beim Magistrat als Strafgerichtshörde, worauf ihm der merkwürdige Bescheid zinging, daß der Vorstand der Ortskrankenkasse in seinem Urtheile sei und daß ihm der § 76 des Krankenversicherungsgesetzes zur Seite stehe.

Diese Entscheidung wäre richtig, wenn die Mitglieder mit dem Eintritt in den Verband ein Versicherungsverhältnis eingingen, aus dem ihnen Ansprüche auf Krankenunterstützung entstehen. Ein rechtlicher und klagbarer Anspruch steht aber den Mitgliedern nicht zu. Wenn sich der Magistrat von Senftenberg die Mühe genommen hätte, die tatsächlichen Verhältnisse zu untersuchen, statt sich auf seine offenbar recht mangelhafte Kenntnis der Dinge zu verlassen, dann wäre es ihm erspart geblieben, eine Entscheidung umgestoßen zu sehen, die er als endgültig bezeichnet hat. Selbstverständlich sind die notwendigen Schritte eingeleitet worden, um dem Magistrat von Senftenberg von autoritativer Seite die notwendige Lehrengabe zu kommen zu lassen.

Es wäre ja noch schöner, wenn man die eben erst durch das Vereinsgesetz hervorgerufene Meldepflicht der Gewerkschaftsmitglieder auf solchen Umwegen wieder einführen wollte. Das kritische Verlangen des Ortskrankenvorstandes läßt darauf schließen, daß dort die Unternehmer und die Sachwalter der Unternehmerinteressen die erste Geige spielen und diesen Herren könnte es so passen, wenn ihnen auf solche Weise die Möglichkeit geboten würde, die Mitgliederliste des Verbandes zu kontrollieren. Solchen Gelüsten muß energisch ein Riegel vorgeschoben werden.

Kampf gegen den Bürokratismus. Das Bestreben des modernen Staates, die Bewegungsfreiheit seiner Bürger immer mehr einzuzwingen, tritt deutlich zutage. Die Polizei stellt ihre Nase überall hinein und die Verhöre erblinden ihre Hauptaufgabe darin, erwachsene Menschen wie kleine Kinder zu gängeln. In dieser Beziehung macht die "Deutsche Arbeitgeberzeitung" ein paar ganz zutreffende Bemerkungen: „Jede Zeit hat ihre besonderen Eigenheiten und Neigungen; die unsrige schwärmt für Sozialgesetze. Man ist längst darüber hinzu, sich mit der Aufführung solcher gesetzlichen Normen zu begnügen, die etwa nur dem obvaldanten Rechtsbedürfnis Genüge leisten. Die Bestimmung der Gesetzgebung soll es vielmehr sein, einzutreten in die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse; die Rechtsprechung soll der ausschlaggebende Faktor bei dem Versuch sein, die Zukunft den Wünschen der Gegenwart anzupassen. Das tritt am unzweideutigsten in der Vorstellung zutage, es lasse sich auf dem Wege sozialpolitischer Verordnungen ein Zustand herbeiführen, durch den das Ideal der Schwärmerei für den sozialistischen Zukunftstaat noch überholt wird.“

Abgesehen von den Gefahren der hiermit bewirkten Verästelung und Unübersichtlichkeit des Rechtswesens hat als besonders verhängnisvolle Konsequenz einer solchen Zweckbestimmung der Gesetzgebung die Förderung des burokratischen Regiments, die Bedormung der Regierungen durch die Regierer, die Unterbindung des Rechtes der Selbstverwaltung zu gelten. Ohne Selbstverwaltung keine Selbstständigkeit, ohne Selbstständigkeit keine Persönlichkeit, ohne Persönlichkeit kein Fortschritt! Ein Staat, der es darauf anlegt, und sei es aus reiner, idealer Liebe zur Gerechtigkeit, bis in die kleinsten Kleinigkeiten hinein die Beziehungen der Untertanen zueinander gesetzlich zu regeln, bereitet sich mit tödlicher Sicherheit den Untergang. Denn er verichtet weit größere Werte, als er schafft; auf ihn finden die Worte des Philosophen Stuart Mill Anwendung: „Alles, was die Individualität zerstört, ist Despotismus, welchen Namen es auch tragen mag, und gleichviel, ob es den Willen Gottes oder die Gebote der Menschen zu vollstrecken vorgibt.“

Freilich, bei dieser Vielregierung arbeiten sich Parlamente und Regierungen gegenseitig in die Hände. Nachdem einmal die Haupttätigkeit der Volksvertretungen auf gesetzgeberischem Gebiete liegt, muß der Wahn, als seien die bewegenden Fragen der Zeit durch die Fabrikation möglichst vieler Rechtsvorschriften zu lösen, lippig geblieben. Jeder Beschwerde, die Hinz und Kunz bei den mit ihrer Hülfe gewollten Volksboten abringen, soll durch legislatorische Maßnahmen entsprochen werden. So wetteifern denn die Parteien, denen vor allem die Vermehrung ihrer numerischen Stärke und ihres Einflusses am Herzen liegt, in dem Bemühen, sich bei Hinz und Kunz beliebt zu machen, selbst auf die Gefahr hin, daß dieses Bemühen neue Rücksichten zu schaffen geeignet ist, die dann auch wieder auf gesetzgeberischem Wege ausgefüllt werden müssen.“

Wahr noch als die Unternehmer leiden die Arbeiter unter dem staatlichen Bürokratismus und den kleinen Schikanen der Polizei. Deshalb schließen wir uns der Forderung des Unternehmerorgans: „Mehr Selbstständigkeit! Mehr Selbstverwaltung“ vollinhaltlich an.

Ein Hohn auf die Menschheit! Da man die neuerdings ans Tageslicht beförderten verschütteten Leichen der im Radbod-Schacht verunglückten Bergarbeiter nicht mehr feststellen kann, also auch nicht mehr ihre Konfession zu ermitteln vermögt, kann die Geistlichkeit in großer Verlegenheit. Könnte nicht der Leichnam eines katholischen Bergmannes vereinfachend evangelisch eingestuft werden, und umgekehrt, sodass er mit einem falschen Passus an die Himmelstür getragen, und zweifellos dort abgewiesen worden wäre? So hat man sich geeinigt, jeden Toten sowohl evangelisch wie auch katholisch einzusegnen. Das richtige Signum ist also auf jeden Fall dabei. Ordnung muss eben sein — auch im Jenseits. Wie verhält es sich aber mit der Leiche eines Mannes, der

bei Lebzeiten weder mit den geschorenen noch mit den gescheitelten Haaren etwas zu tun haben wollte?

Harmonie oder Interessengegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitern? Den Harmoniedilettenten empfehlen wir folgende Sache aus der "Deutschen Arbeitgeberzeitung" zum Seien und zum Nachdenken: „Arbeiter und Arbeitgeber bestehen, das haben wir schon hundertmal gesagt, nur insofern gemeinsame Interessen, als ihnen beiden an der möglichsten Förderung der nationalen Gütererzeugung wie an der des Uhlazes gelegen sein muß. Im übrigen aber stehen sie sich als entchiedene Gegner gegenüber, und es würde ein außerordentlich geringes Maß von politischem und soziologischem Verständnis bedeuten, wenn jemand leugnen wollte, daß dieser Zustand in der Natur der Sache vollauf begründet ist. Arbeitgeber und Arbeiter können sich niemals verhöhnen und anfreunden; sie können nur nach ehrlichem Kriegsgebrauch in anständiger Weise miteinander verkehren. Tatsächlich ist in dieser Hinsicht gegen früher schon längst ein leidlicher Zustand eingetreten, und aller menschlichen Voraussicht nach wird diese Entwicklung zum Besseren auch fernerhin anhalten, wobei Ausnahmen höchstens für die Regel zu zeugen vermögen. Ein wirklicher Friedenszustand aber ist für alle Zeit ausgeschlossen, sofern eben nicht die Koalitionsfreiheit wieder aufgehoben wird. Also muß es dabei sein Bewenden haben, daß die Schaffung von Arbeitskammern zum Zweck der Verschönerung der Arbeitgeber und Arbeiter eine völlig verfehlte Maßregel darstellt, weil sie gegen den Geist einer Gesetzgebung verstößt, welche gerade durch die Entstehung des Arbeitskrieges mit Hilfe der Aufhebung des Koalitionsverbotes den gangbarsten Weg zur wirtschaftlichen Hebung der Arbeiterklasse erblieb.“

Gelogen wie gedruckt. Unter dem Titel „Die deutschen Arbeitgeber und ihre politische Vertretung“ hat ein Scharfmacher ersten Ranges, der Syndicus des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller, Herr Rechtsanwalt Carl König, Nürnberg, eine 25 Druckseiten umfassende Broschüre erscheinen lassen. Der Verfasser beginnt mit einem Überblick über die Gesamtlage der gegenwärtigen Sozialpolitik, deren „schwache Punkte“ er herauszufinden weiß. „Hand in Hand mit einer äußerst verderblichen Reglementierungslucht geht der Wahn von der Unerschöpflichkeit der Mittel der deutschen Industrie.immer mehr verirrt sich der Grundsatz der gleichen Rechte aller Staatsbürger. Der Arbeiter darf sich koalieren, alle Mittel des wirtschaftlichen Kampfes sind ihm erlaubt, nicht so dem Arbeitgeber. Er gilt als der Starke, dem man die volle Ausübung der auch ihm zustehenden Koalitionsfreiheit beschränken will.“ In diesen Sätzen, die wortlich der Broschüre entnommen, hat Herr König versucht, die Situation in ihren Kernpunkten zu erfassen. Warum nun fragt der Verfasser, steht der deutsche Arbeitgeber diesen Verhältnissen so gut wie wehrlos gegenüber? „Es fehlt ihm in den Parlamenten eine Vertretung, die auch seine Interessen wirkungsvoll wahrnimmt und den Gang der sozialpolitischen Gesetzgebungsmaschine reguliert.“

Man muß die Dreistigkeit bewundern, mit der dieser Mann die Wahrschau auf den Kopf stellt, und die Deliktwürdigkeit, die er seinen Lesern aufruft. Es ist eine dicke Unwahrheit, daß die Arbeiter das Koalitionsrecht hätten, die Arbeitgeber aber nicht und es ist nicht minder eine dicke Unwahrheit, daß die Unternehmerinteressen in den Parlamenten nicht vertreten würden.

Der Herr Graf Carmer-Osten und die oberösterreichischen Grubenbeamten. In der Reichstagssitzung vom 8. Februar d. J. hatte der Graf Carmer-Osten über die Maßregelung der Beamten der Giesches Erben gehörigen Grube geredet und diese Maßregelung natürlich mit dem Brustton der Überzeugung verteidigt, wobei er allerdings wahrscheinlich verschwiegen hatte, daß er selbst einer von diesen Giesches Erben ist. Der Vorstand des Bundes der technisch-industriellen Beamten hat nun zur Stechtfertigung seiner gemahrgeregelten Mitglieder einen Brief an den Herrn Grafen gerichtet, der ihm ein paar derbe Wahrheiten sagt. Es heißt darin: „In Ihrer Rede führten Sie aus, daß fünf der wichtigsten Beamten sich für die Gesellschaft erklärt haben und daß die elf Beamten, die dem Wunde die Treue hielten, mit einer Ausnahme untüchtig gewesen sein sollen. Abgesehen von der Unwahrheit eines solchen Auflasses steht aber fest, daß gerade die Herren, die sich für den Bund entschieden haben, seitens der Verwaltung bei vielfachen Gelegenheiten als besonders tüchtig bezeichnet worden sind. Auch der Umstand, daß gerade diese sechs, sieben und mehr Jahre im Dienste der Gesellschaft Giesches Erben standen, ist ein Beweis für Ihre Echtheit. Zugem ist einige Herren — also nicht nur einem! — Ihre besondere Echtheit erst vor nicht langer Zeit durch Gewährung einer außergewöhnlichen Gratifikation bestätigt worden.“

Sie wollen bitte bedenken, wie sehr Sie durch Ihre abfälligen und zudem unrichtigen Ausführungen den guten Ruf der betreffenden geschädigt und ihr wirtschaftliches Fortkommen erschwert haben. Wir gestalten uns darauf hinzuwollen, daß Sie eindeutig abfälliges Urteil, wie es in den Worten „minderwertige Leute“ liegt, außerhalb des Reichstages nicht wiederholen könnten, ohne Gefahr zu laufen, sich strafbar zu machen!

Und übrigens: noblesse oblige! (Sie verpflichtet!) die Tatsache, daß Sie zu den Mitbesitzern der Gewerkschaft von Giesches Erben gehören, hätte u. G. gerade Ihnen die Pflicht auferlegt, im Reichstag eine objektive Darstellung der Vorgänge zu geben. Sie waren dazu in der Lage gegeben, wenn Sie sich Ihre Informationen nicht bloß einleitig von der Generaldirektion des Werkes eingeholt, sondern auch die andere Partei, die gemahrgeregelten Beamten, gehört hätten.

Wir dürfen wohl hoffen, daß Sie nunmehr Veranlassung nehmen, Ihre im Reichstag gemachten Ausführungen bei der ersten sich bietenden Gelegenheit richtigzustellen. Sollte dies aus irgendwelchen Gründen nicht möglich sein, so bitten wir, eine entsprechende Erklärung in der Presse abgeben zu wollen.“

Der Herr Graf hat weder das eine noch das andre getan, sondern er hat geschwiegen und den Koffer ruhig eingesteckt — auch ein Beitrag zu der Wahnsinnstube der „Edelsten und Besten unserer Nation“.

Lebhafte macht der Bunt der technisch-industriellen Beamten, der eine gewerkschaftliche Taktik verfolgt, fast aller Scharfsinn ganz gute Fortschritte. Sein Mitgliederbestand ist im vergangenen Jahre um 2244 Mitglieder und 532 Hospitanten (Stuhlerende) gewachsen, so daß für Ende 1908 eine Gesamtzahl von 18 002 Mitgliedern und 785 Hospitanten ergibt. Das der Bunt trotz der allgemeinen Wirtschaftskrisis eine so günstige Entwicklung genommen hat, darf wohl als ein gutes Zeichen für seine Zukunftsaussichten angesehen werden. Während der Bunt am Ende des Jahres 1907 an 112 Orten mit 77 Ortsgruppen und 28 Zahlstellen vertreten war, dagegen er am Ende des Vorjahrs 160 Verwaltungsstellen. Die größte Verwaltungsstelle ist nach wie vor Berlin mit 834 Mitgliedern. Diese Ortsgruppe hatte im Berichtsjahr eine schwere innere Krise durchzufämpfen; ihre günstige Entwicklung — eingetreten sind 950, ausgetreten 684 Mitglieder — zeigt, daß sie den Konflikt gut überstanden hat. Als charakteristisches Zeichen für die wirtschaftliche Konjunktur des Jahres 1908 kann man die Zulassungen annehmen, daß der Bunt für Unterstützung von Stellungslosen nicht weniger als 88 445,08 Mark an 358 Stellungslosen ausgezahlt hat. Bezeichnend für die ungünstige rechtliche Lage der Arbeitangestellten ist es auch, daß der Rechtschutz des Bundes im Berichtsjahr einen Aufwand von 14 000 Mark erforderte. Es wurden im Laufe des Jahres 120 Prozesse geführt; die Summe der erstrittenen Gehälter betrug 24 876 Mark, die Zahl der erstrittenen Bezugssätze 21, die erzielten Rechtsauskünfte beliefen sich auf 1500.

Eine auftreffende Beurteilung der gelben Gewerkschaften finden wir in der „Sozialen Praxis“. Das Blatt das den Standpunkt der Sozialreformer vertritt, weitaus hin, daß die Gelben die edle Absicht haben, während der Zeit der Wirtschaftskrisis und des Überangebots von Arbeitskräften im Trieb zu fließen. Deshalb hüllen sie sich in den Mantel des Patriotismus, nennen sich nationale, bayerische Arbeitervereine und betteln um die Gnade des Unternehmertums. „Sie sind etwas, was sie selbst anscheinend nicht für empfehlenswert ansehen, eine Arbeitserorganisation im Solde des Unternehmertums, eine bezahlte Arbeiterschutztruppe; das aber ist, kurz gesagt, Wesen und Zweck einer gelben Organisation. Ihre Programme fließen über von schönen Worten für die Arbeiter, die aus der Freiheit der Sozialdemokratie zur wahren Selbstbestimmung, zu Freiheit und glücklicher sozialer Harmonie geführt werden sollen. In Wahrheit aber ist die gelbe Arbeiterorganisation heute, soweit nicht parteipolitische Motive sie beherrschen, eine Kombination von Arbeitgeberinteressen mit der Geschäftsmacht von Leuten die bei dieser Wobeipetulation auf die kurzfristige Solidarität der Arbeiter für ihre ehrenwerte Person möglichst viel herausschlagen wollen.“

Der Mann scheint die gelben Brüder zu kennen.

Genossenschaftliches auf dem Gebiete des Fahrradmarktes. In Berlin hat vor einigen Jahren eine Anzahl von Arbeitern den Versuch gemacht, eine Einkaufsgenossenschaft für Arbeiter-Stadtfahrer ins Leben zu rufen. Im Verlauf von ungefähr vier Jahren hat sich nunmehr das Unternehmen zu einer bedeutenden Höhe emporgeschwungen; so wurde z. B. im Jahre 1908 ein Umsatz von 175 000 M. erzielt, was gewiß beachtenswert ist. Da sich die Prosperität des Unternehmens erwiesen hat, hat nunmehr der Arbeiter-Stadtfahrerbund „Solidarität“ das Unternehmen gutes für die Arbeiter leisten können. Ist als offene Handelsgesellschaft unter der Firma Fahrrad-Haus „Frischau“ Walter Wittig & Co., eingetragen und hat den Zweck, den radschaffenden Arbeitern die Beschaffung guter, reeller und vor allen Dingen preiswerten Fahrräder und sonstiger Bedarfssachen zu vermitteln. Da gerade beim Einkauf der hier in Betracht kommenden Waren eine Einschau und Überprüfung des konfidenzen Publikums außerordentlich leicht ist, dürfte das Unternehmen Gutes für die Arbeiter leisten können. Der Gewinn des Unternehmens soll laut Gesellschaftsvertrag dem Arbeiter-Stadtfahrerbund „Solidarität“ gute kommen, der denselben zum Ausbau seiner Unterstützungsseinrichtungen heranziehen soll. Das Unternehmen besitzt zurzeit neben dem Hauptgeschäft in Berlin-Brunnenstraße 95, und einer Filiale in der Gottliebstraße 9, ferner noch Filialen und Verkaufsstellen in Leipzig, Dresden, Aue i. G., Breslau, Hünfeld, Hof, Hall a. S., Kirchberg, Karlsruhe, Wiel, Magdeburg, Meißen, Offenbach a. M., Pesterwitz, Mühlheim, Bautzen, Börlitz, in andern gräßeren Städten weiter errichtet werden. — Wir empfehlen den organisierten Arbeitern, bei Bedarf das Unternehmen zu berücksichtigen. In Orten, an denen keine Verkaufsstellen bestehen, kann der Bezug durch die Mitglieder und Vereine des Bundes die an jedem namhaften Orte zu finden sind, bewerkstelligt werden.

Gewerkschaftshaus Mannheim. Den Verhandlungspartnern teilen wir mit, daß unser früherer Gewerkschaftshaus von Toni Weigel vom 1. April unser Gewerkschaftshaus I 8—9 übernommt. Derselbe verpflichtet sich, gutes Lager, hell und dunkel, reine Weine, ebenso bei mäßigen Preisen eine vorzügliche Küche, Mittag- und Abendmahl zu verabfolgen. Ferner werden den reisenden Kollegen ein eingerichtete Fremdenzimmer, Betten von 30 J. sowie den Herren Gauleitern, Delegierten und Referenten separate Zimmer bis zu 1 M. bestens empfohlen. Börs im Hause.

Gewerkschaftshaus Mannheim.

Nunngstraliter als Scharfmacher. Die kleinen Handwerksmeister sind eifrig bemüht, es in bezug auf Scharfmacherei den Großindustriellen gleichzutun. Nunngstraliter hat der Centralausschuß deutsch-Önnungsverbände eine Petition an den Reichstag erichtet, worin er — so heißt es wörtlich — gegenüber den zahlreichen Auswischen, wie sie in immer steigender Masse bei den Lohnbewegungen durch Bedrohung, Wissensbildung, Arbeitsschwäche, durch Vertragsklausuren und Boykottierung der Gewerbetreibenden zutage treten, eine Verjährung der gelegentlich einzutretenden Streitigkeiten verlangt. Die Petitionskommission des Reichstags hat beschlossen, dem Plenum zu empfehlen, die Petition dem Reichstagspräsidenten als Material zu überweisen. Bis jetzt aber ist die Petition im Plenum des Reichstags

## Aus Arbeitgeberkreisen.

Handwerksmeister als Scharfmacher. Die kleinen Handwerksmeister sind eifrig bemüht, es in bezug auf Scharfmacherei den Großindustriellen gleichzutun. Nunngstraliter hat der Centralausschuß deutsch-Önnungsverbände eine Petition an den Reichstag erichtet, worin er — so heißt es wörtlich — gegenüber den zahlreichen Auswischen, wie sie in immer steigender Masse bei den Lohnbewegungen durch Bedrohung, Wissensbildung, Arbeitsschwäche, durch Vertragsklausuren und Boykottierung der Gewerbetreibenden zutage treten, eine Verjährung der gelegentlich einzutretenden Streitigkeiten verlangt. Die Petitionskommission des Reichstags hat beschlossen, dem Plenum zu empfehlen, die Petition dem Reichstagspräsidenten als Material zu überweisen. Bis jetzt aber ist die Petition im Plenum des Reichstags

noch nicht zur Verhandlung gekommen. Um etwas Neuer dahinter zu machen, hat auch der Centralverband deutscher Bauberatern "Germania" durch seinen Vorsitzenden und Syndikus in derselben Sache eine Eingabe gemacht, die mit erfreulicher Offenheit zeigt, wie die Arbeitserfreundlichen Innungsmäster gegen die Arbeiter vorgehen würden, wenn sie könnten, wie sie wollen. Aus diesem Grunde verbietet die Petition die Beachtung der Arbeiter.

Wir wollen aus der Petition ein paar Sätze herausziehen und erläutern: "Die Ereignisse der letzten Jahre haben mit Macht, daß endlich den berechtigten Wünschen der selbständigen Gewerbetreibenden Rechnung gebracht wird. Der von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der ebenfalls gemeinten Art ausgeübte Terrorismus liegt wie ein Alp auf den Gewerbetreibenden. Die gesetzlich zulässigen Kampfmittel Streik und Boykott haben partizipative Formen angenommen, daß sie nicht nur die Existenz der Gewerbetreibenden, sondern den Staat selbst an den Rand des Verderbens bringen müssen. Ein krasses Beispiel, wie gegenüber den staatshastenden Gewerbetreibenden seitens der Sozialdemokraten aufgetreten wird, bietet die letzte Landtagswahl im Berliner 12. Wahlkreis. Offen fordern die roten Führer in Flugblättern und Zeitungen die Genossen auf, alle zu boykottieren, die ihrer Partei oder ihren Forderungen nicht die gewünschte Unterstützung bringen. Jeder aufrechte Mann verliert seine Freundschaft."

Die aufrechten Männer, wie sie sich nennen, sind entsetzt darüber, daß sich die Arbeiter ihrer Haut wehren und sich bemühen, mit Hilfe von Streik und Boykott ihre politische Entregierung und wirtschaftliche Unterdrückung zu begegnen. Das Recht steht den Arbeitern einstetig zur Seite — wie ja auch das Reichsgericht erklärt hat — wenn die Arbeiter sind berechtigt, ihre Arbeitskraft zurückzuhalten, wenn sie sie nicht verlaufen wollen, und ihre Firma dem zu entziehen, bei dem sie Bewilligung haben, nichts zu kaufen. Wenn sie diese Mittel anwenden, so haben sie auch ihre Gründe dazu. Über den Terrorismus gegen ihre Kinder gegen ihre Arbeiter und der Behörden gegen ihre Angestellten verlieren diese "aufrechten" Männer kein Wort. Auch die Boykottierung der Militärbehörden und der Kriegervereine decken sie mit dem Mantel der Lüge zu, denn soweit reicht ihr Männertum nicht.

Sie haben ganz andere Wünsche auf dem Herzen: "Man muß die Führer, die Gewerkschaften, die Verbände, Zeitungen (nicht bloß deren Redakteure) usw. für den Verursacheten Schaden verantwortlich machen und sie zur Zahlung des bereits angerichteten Schadens und des Schadens, der durch diese Handlungsweise auch in den ferneren Jahren den Gewerbetreibenden erlebt, heranziehen können. Außerdem müßten die Strafbestimmungen verschärft werden." Und dann schimpfen die Helden vom Backbrot lustig weiter: "Laut tut der Ruf um Hilfe gegen die rote Gefahr durch alle Gau und Kreis. Einzelbeispiele des oft unglaublichen Terrorismus hier anzuführen, dürfte sich erübrigen, da jedem Deutschen aus den Zeitungen bekannt ist, in welcher schamloser Weise gegen die Gewerbetreibenden vorgegangen wird, die völlig ihrem Untergange entgegengehen. Den Arbeitswilligen wird ein Arbeitern unmöglich gemacht. Die arbeitslose Masse soll angeschwellen und soll über die wahren Gründe der Arbeitslosigkeit die Regierung und das deutsche Volk irreführen, soll immer mehr unzufriedene Elemente schaffen. Diesem Streben muß endlich ein Raum entgegengesetzt werden. Ein Abschluß von Tarifverträgen, der vielsach als Hilfsmittel genannt wird, bewirkt nur das Gegenteil. Für das Handwerk haben die Tarifverträge sich nur als eine Schraube ohne Ende erwiesen, die die Arbeitgeber immer mehr ihrer Selbstständigkeit beraubten und die arbeitswilligen Arbeitnehmer zum Beitreten zu der roten Organisation zwangen."

Um unmittelbaren Anschluß hieran verlangen die Vertreter des Centralverbandes, daß den Innungen gestattet sein soll, mit allen nur möglichen Maßnahmen gegen die Arbeiter vorzugehen. Die Arbeitgeber dagegen sollen sich alles erlauben lassen. So werde "das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer am besten festgestellt". Die Verhandlungen würden dann nur zwischen Arbeitgebern und ihren gelegentlich durch den Gesellengeschäft vertretenen Arbeitern geführt. Eine Einmischung der Arbeitervororganisationen müsse durch alle nur erdenklichen Maßnahmen verhindert werden. Ob die Leute wirklich glauben, daß so ungünstige Forderungen jetzt noch durchgeführt werden können?

Für die Arbeiter heißt es aber mehr denn je, auf der Hut zu sein, die Kampfmittel zu mehren und zu verstehen damit den Scharfmachern bei ihrem Ansturm eine fründliche Abfuhr zuteil werden kann!

## Baugewerbliches.

Von der Bauarbeiterkommision in Frankfurt a. M. ist soeben der zweite Jahresbericht herausgegeben worden, in dem der angestellte Baukontrolleur Genosse Kaiser über seine Tätigkeit ausführlich Bericht erstattet. Die Kosten für das Institut stellen sich auf rund 2671 M. 80 S., die Einnahmen betrugen 3482 M. 18 S., darunter ein Kartellbeitrag von 500 M. Der Rassenbestand betrug am Schluß des Jahres 760 M. 79 S. Wie die Kontrolle gehabt hat, ist ersichtlich aus der Unfallstatistik. Im Jahre 1904 waren es 175, 1905: 170, 1906: 136, 1907: 65 und 1908 nur 51 Personen, die von Unglücksfällen betroffen wurden. Nach Berufen geordnet, trafen die Unglücksfälle 12 Bauhilfsarbeiter, 1 Dachdeckerlehrling, 1 Hilfsarbeiter der Dachdecker, 1 Holzarbeiter, 4 Maler und Weißbinder, 10 Maurer, 1 Maurerpolier, 1 Metallarbeiter, 1 Spanglerlehrling, 2 Steinmeijer, 2 Stuckateure, 3 Tapetizerer, 8 Zimmerer und 1 Ingenieur. In den Verleihungen starben 3 Personen, direkte Todesfälle sind nicht eingetreten. Das allein beweist schon, wie begrenzt die Einführung des Bautenkontrolleurs gewirkt hat.

Der Aufzähldienst des Kontrolleurs bestand in einer regelmäßigen Überwachung der Bauten. Dabei wurden folgende Wichtande festgestellt: Technische und sanitäre an Hochbauten: 572, an 84 Dachdeckergerüsten 64, an Weißbindergerüsten: 214, an 6 Baustellen 63 Fests-

feuerungen und an 4 Bildhauergerüsten 3. Die Anzahl der Kontrollen und Besichtigungen betrug 9796, dabei wurden 1243 (763) Missstände entdeckt. Bei den Kontrollen der Hochbauten sind auch die Zinngittere der Maler und Weißbinder, Stuckateure und Tapetizerer mit einbezogen. Eine große Anzahl kleiner Missstände wurde wegen ihrer Geringfügigkeit nicht eingetragen. Der Baupolizei wurden 8 schriftliche und 218 mündliche Anzeigen erichtet, die alle Anlaß zur Beanstandung gaben. Der Polizeibehörde wurde bis zum Zeitpunkt, an dem ihr die Beaufsichtigung entzogen wurde, 12 schriftliche und 25 mündliche, der Hess. Mass. Baugewerbs-Berufsgenossenschaft (Sektion 1) 5 schriftliche und 19 mündliche, der Sektion 2 (Wiesbaden) 1 schriftliche, der Gewerbe-Inspektion 1 2 schriftliche und 2 mündliche, der Inspektion 2 3 schriftliche Anzeigen erichtet. Ferner wurde den Polizeiverwaltungen in Fechenheim 1, in Cronberg 1, in Niddaheim 2, in Hattersheim 1, in Wiesbaden 1, dem Reichsverkehrsamt, dem Landratsamt Wiesbaden 1, der Bauleitung des Königl. Eisenbahndirektionsgebäudes 1, der Frankfurter Straßenreinigung 1 und dem Magistrat 3 Schreiben zugefunden.

Außerdem mißten 8 Unternehmer schriftlich aufgefordert werden, dem § 120a der Gewerbeordnung Folge zu leisten. Ein großer Teil der Unternehmer antwortete zurück oder nahm persönlich Rücksprache mit unserem Kontrolleur. Die Tätigkeit des Kontrolleurs erstreckte sich auch außerhalb Frankfurts. Sehr widerstreitig in der Frage der Unterkunftsräume und Aborte stellen sich die Unternehmer des Dienstes. Die Überwachung des sanitären Schutzes hat die Polizeibehörde laut Verfügung des Regierungspräsidenten in Wiesbaden vom 5. Juni 1908 der Stadt Frankfurt übertragen. Diese hat nun vorerst die Überwachung nur an Hochbauten ausgedehnt, weil die Straßenpolizeiverordnung es nicht erlaubt, daß Baubuden und Aborte an verkehrstreichen Straßen aufgestellt werden. Es ist dadurch ein Zustand geschaffen worden, der unbeschreiblich ist. Für die Tiefbauarbeiter ist es vorerst ausgeschlossen, daß eine Besserung eintrete.

Zum März vorigen Jahres wurde endlich die von uns schon längst geforderte Polizeiverordnung zur Verhütung von Unglücksfällen bei baulichen Arbeiten vom Magistrat veröffentlicht. Im allgemeinen trat eine Besserung für die Bauarbeiter ein. Beim Überhandnauern muß ein Schuhgerüst von 1,50 Meter vorhanden sein, das höchstens 4 Meter von der Arbeitsstelle liegen darf. Vor Angriffnahme des Dachwerks muß ein Fanggerüst hergestellt werden; nach dem Verlegen der Balken- und Trägerlage muß sie sofort dicht schließend abgedeckt werden. Auch bezüglich der Weißbindergerüste ist eine Besserung eingetreten. Hingegen hat man wieder stattgegeben, daß Bildhauerarbeiten auf Weißbindergerüsten ausgeführt werden dürfen. Von der Abdichtung der Winterbauten ist nichts erwähnt, ebenso wurde die Forderung, Baufontrolleure aus Arbeiterkreisen einzustellen, unberücksichtigt gelassen. Über mit aller Entscheideinheit will man die Bauarbeiter für die Nichteinhaltung der Vorschriften verantwortlich machen.

In dem Magistratsbericht ist darauf hingewiesen, daß die Bauarbeiterkommission 16 Klagen gemacht habe, von denen 10 begründet gewesen seien. Man verschweigt konsequent alle mündlichen Meldungen und so ergibt sich, daß Missstände manchmal nicht mehr vorhanden sind, nachdem eine schriftliche Meldung alle Instanzen passiert hat.

Was bei dem Institut der Kommission vor allen Dingen wohltuend berührt, ist das allgemeine Vertrauen der Arbeiterschaft zu dieser Schöpfung. Die Missstände werden gemeldet, der Kontrolleur ist in der Lage, Behörden mit Ratschlägen an die Hand zu geben, und am letzten Ende fangen auch die Unternehmer an, sich von der Sachkenntnis des Kontrolleurs zu überzeugen und sich danach zu richten. Zur Erledigung der geistlichen Angelegenheiten haben im Berichtsjahr fünf allgemeine und mehrmals engeren Vorstandssitzungen stattgefunden. Die Sitzungen waren durchweg gut besucht, daraus ist zu entnehmen, daß die Bauarbeiterkommision Mitglieder ein sehr großes Interesse der Institution entgegenbringen.

## Vom Ausland.

**Österreich.** Nach Wien und Meran (Tirol) ist Zugang fernzuhalten.

Für die Maler Wiens ist wiederum ein Tarifabschluß zustande gekommen, worauf wir noch zurückkommen. Da gegen weigern sich die Österreichermaler, den gerechten Forderungen unserer Kollegen entgegenzutreten.

**Schweiz.** Geprägt sind: Heidegger in St. Gallen; die Werkstätten: Keller in Horgen, Gau u. Zul. Müller in Wädenswil, Gebr. Beer in Urdorf.

Für Zürich ist wiederum ein Kollektiv-Vertrag auf drei Jahre abgeschlossen worden. Der Minimallohn wurde auf 68 Cts. im zweiten Jahre auf 70 und im dritten Jahre auf 72 Cts. festgelegt.

**Holland.** In Londen und Antwerpen sind unsere Kollegen ausgesperrt. Zugang muß ferngehalten

Die christliche und die nicht christliche Gewerkschaftsbewegung in Holland. Der Niederländische Verband der Gewerkschaften hat dieser Tage eine von seinem zweiten Sekretär, Kollegen Jan van den Tempel, verfaßte Broschüre herausgegeben, die den Titel "Backbemierung en Kerk" führt und eine treffende Schilderung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaftsbewegung und Kirche enthält. Es wird darin an vielen Beispielen und durch statistisches Material nachgewiesen, daß die Christlichkeit Hollands, soweit sie sich um die Gewerkschaftsbewegung bemüht hat, immer nur einer zweckmäßigen Entwicklung hindernd in den Weg getreten ist. Die Taktik der Kirche ist im allgemeinen die, daß sie zunächst betreibt ist, die unter ihrem Einfluß stehenden Arbeiter überhaupt von jeglicher Fachorganisation fernzuhalten. Will ihr dies nicht gelingen, so gründet sie kleine Klubs von Handwerksgeissen, von denen man keine Einwirkung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse erwarten kann. Begibt aber diese Art christlicher Organisation ein solches Maß von Wachstum, daß sie den Unternehmern unbekannt werden könnte, dann entsteht die Gefahr, daß um des Glaubens willen eine Trennung nach Konfessionen notwendig ist. Genügt aber auch das nicht, um die Organisation machtlos zu machen, so pflegt die Christlichkeit eine weitere Spaltung

nach Bisliniern vorzunehmen. Dies Verfahren hat s. B. auch gegenüber dem größten christlichen Verband, dem der Textilarbeiter, eingeschlagen, der sich wiederholt dem Unternehmertum gegenüber ziemlich kräftig zur Wehr setzte.

Aber die Christlichkeit erreicht mit ihren Kreisberufen im allgemeinen just das Gegenteil von dem, was sie beabsichtigt. Die Arbeiter lernen gerade dadurch, daß sie sich selbstständig und richtig religiös oder konfessionell organisieren müssen, wenn sie dem Unternehmertum, dem die Christlichkeit keinerlei religiöse Fachorganisation zuteilt, irgendwie als ein Machtfaktor entgegentreten wollen. So zeigt es sich dann auch, daß die Heit des Aufschwungs der christlichen Gewerkschaftsbewegung vom Jahre 1903 vorbei ist, daß sie sich im Rückgang befindet und daß demgegenüber die unter Leitung des Verbands der Gewerkschaften stehenden Organisationen immer mehr anwachsen.

Die protestantisch-christliche Gewerkschaftsbewegung ist in Holland fast ganz bedeutungslos. Nach der offiziellen Statistik ist der stärkste der Verbände dieser Richtung, die Vereinigung christlicher Kontor- und Handelsgehilfen, nur 449 Mann stark. Kräftiger hatte sich die katholische Gewerkschaftsbewegung entwickelt. 10 Verbände dieser Richtung, die 1906 bestanden und im Jahre 1908 noch am Leben waren, zählten Ende jenes Jahres zusammen 7615 Mitglieder, im August 1908 aber nur noch 6557. Während desselben Zeitraums waren dem Verband der Gewerkschaften 18 Organisationen angeschlossen und ihre Mitgliederzahl stieg unterdessen von 21 584 auf 28 626. — Im römisch-katholischen Fachverband wie im Verband der Gewerkschaften waren sowohl im Jahre 1906 wie 1908 die Bürgermeister, die Schneider, die Maler, die Metallarbeiter, die Handelsgehilfen, die Textilarbeiter und die Zimmerleute vertreten. Aber in diesen 7 Berufen ging die katholische Organisation von 641 auf 687 Mitglieder zurück, während sie im Verband der Gewerkschaften von 7379 auf 12 087 Mitglieder stieg. Nach den hier angeführten Zahlen ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die niederländische Gewerkschaftsbewegung sich in nicht zu langer Zeit von dem Einfluß der Kirche gänzlich freimachen wird.

## Technisches.

**Patentschau.** Vom Verbands-Patentbüro O. Krüger u. Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billig, Ausläufe frei.

### Angemeldete Patente.

M. 22 g. B. 22023. Verfahren zur Herstellung von Anstrichfarben in Pulverform. Fa. F. Perzler, Prag. Ang. 24. 9. 08.

M. 75 c. K. 38 163. Verfahren zur Herstellung von Schablonen, mit denen geschlossene Linien in einem Arbeitsgang aufgeschabloniert werden können. Walter Krug, Berlin. Ang. 17. 7. 08.

M. 9. S. 24885. Abschneidbares Vorband für Winsel. Carl Brobst und Ernst Kramer, Leveste, Post Gehrden. Ang. 8. 7. 07.

M. 75 b. B. 47 844. Verfahren zum Zielen von Stückprofilen. Johannes Wongs, M. Gladbach. Ang. 5. 10. 07.

M. 75 b. H. 42 663. Verfahren zur Herstellung von trocken abziehbaren, auf eine durchsichtige Schicht gebrachten, mit einer hellen Farbe gleichfarbig überdeckten Bildern; Pat. 3. Pat. 207623. Oskar Haeger, Leipzig. Ang. 23. 7. 07.

M. 75 c. D. 20 112. Verfahren zum Bergolden von Porzellen. Nikol. Dieterich, Selb, Oberfranken. Ang. 1. 6. 08.

### Gebrauchsmuster.

M. 27d. 267 806. Schablone zur Erzeugung von handgemalten Vorlagen in verkleinertem Maßstab, für Zimmer- und Dekorationsmaler. Joh. Herm. Hoffmann, Wsch, Böhmen. Ang. 29. 10. 08.

## Fachliteratur.

**Moderne Titelchriften für Techniker und technische Schulen mit Reißzeug-Konstruktionen und Text, von J. Steidinger, Metzler. 8. vermehrte Auflage. (16 S.) quer 40 Format. Zürich 1909. Verlag: Art. Institut Orell Füssli. Preis 2.—. Die Vorlagen sind in erster Linie für Techniker bestimmt, sie enthalten darum auch fast ausschließlich Schriften, die mit dem Reißzeug ausgeführt werden können. Eine ausführliche Anleitung und Erklärung der Konstruktionen für jedes einzelne Blatt geht den Taschen voran.**

Bon der deutschen Malerzeitung "Die Mappe" liegt das letzte Heft des 28. Bandes vor. Wie bisher jedes einzelne Heft, so ist auch das Schlussheft dieser vornehmen, reich ausgestatteten illustrierten Zeitschrift für Malerei ein Beweis dafür, wie sehr Redaktion und Verlag bemüht sind, den gestellten Ansprüchen einer empfehlenswerten Fachzeitschrift nach jeder Richtung hin zu genügen. Die Abonnementspreise für Deutschland beträgt vierjährlich 3.—. Verlag von Georg O. W. Gallwey in München.

## Literarisches.

**Arbeiter-Jugend.** Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 5 heben wir her vor: Dir hilft kein Gott. Du mußt Dir selber helfen. Ein Mahnwort an die Schulfassaden. Von Brund. — Technik und Kultur. Von Richard Wolf. — Gegen die Schundliteratur! — Der junge Goethe (Schluß). Von Dr. Wilhelm Haerlestein.

Die jugendlichen Arbeiter und die Gewerbeordnung. Aus der deutschen Jugendbewegung (Wittenberg, Bremen, Konferenz in Bonn). — Soziale Rundschau. Von Kriegsschauplatz usw. — Beilage: Der kleine Rottkopf. Gedicht von Hammerdorff. — Spazier im Winter. Gedicht. — Der Königsleutnant (Schluß). Von Goethe. — Sprüche von Goethe. — Wie gefüllte Hölle. Von Prof. Förster. — Unterricht im Sozialismus. Gedicht von Jacoby.

**Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag.** Von jetzt unter diesem Titel erscheinenden Broschürelle ist jetzt Heft 4 "Die Tätigkeit des Deutschen Reichstages von 1897—1899" im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienen. Preis 1.—.

**In freien Stunden.** Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Heft 11 ist erschienen und bringt die Fort-

sehung von „Kensworth“ von Scott, sowie von Heijermanns Skizze „Elinette“. Kurze Abhandlungen aus verschiedenen Wissenschaftsbereichen, Humoristika usw. vervollständigen den reichhaltigen Inhalt.

**Der Bibliothekar.** Unter diesem Titel erscheint vom 1. April ab eine Monatsschrift für Arbeiterbibliotheken, die sicherlich bei den meisten Verwaltungen der Bibliotheken in den Arbeiterorganisationen willkommen sein wird. Die Zeitschrift stellt sich die Aufgabe, ganz besonders praktische, bibliothekstechnische und bibliothekorganisatorische Fragen zu erörtern und einen Gesamtüberblick über den Stand und Fluss der Bewegung in Deutschland, Österreich und der Schweiz zu geben. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung vierteljährlich 50 Pf. Verlag: Leipziger Buchdruckerei A.-G. in Leipzig, Tauchaerstr. 19–21.

**Le Traducteur** (16. Jahrg.), **The Translator** (5. Jahrgang), **Il Traduttore** (1. Jahrg.), Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. — Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Kostenfreie, brieflichen Unterricht erteilt gewissenhaft durch geprüfte Lehrer die Abteilung für brieflichen Unterricht des Deutschen Arbeiter-Stenographenbundes. Anfragen mit üblich beigefügtem Porto richte man an: **Voniss Blach**, Frankfurt a. M., Graubengasse 35. — **Arbeiter-Stenograph**, Organ des Deutschen Arbeiter-Stenographenbundes. Preis jährlich 2,50 M.

### Sterbetafel.

Berlin. Am 5. März starben die Kollegen **Karl Witte** (Packerer), 81 Jahre alt, und **Dieterich Stöver** (Lichtenberg), 48 Jahre alt; am 15. März starb der Kollege **Gottlieb Tiefel** (Charlottenburg) im Alter von 50 Jahren; am 19. März der Kollege **Jacob Karolus** (Küchenmöbelbranche), 38 Jahre alt.

München. Am 25. März verschied unser Mitglied **Karl Steiger** im Alter von 47 Jahren.

**Stuttgart-Buffenhofen.** Am 14. März verschied nach langer, schwerer Krankheit unser treuer Mitglied **Eduard Wade** im Alter von 37 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

### Vereinsteil. Bekanntmachung.

Duplicate wurden ausgestellt für die Kollegen: **Horn**, Aug., Buchn. 59120, bez. bis 7. Woche 09 (Hamburg); **Nern**,

Wilh., Buchn. 35023, bez. bis 9. Woche 09 (Mainz); **Kaiser**, Otto, Buchn. 60955, bez. bis 9. Woche 09 (Magdeburg); **Eisel**, Wilh., Buchn. 31939, bez. bis 16. Woche 08 (Wiesbaden); **Zeile**, Adam, Buchn. 36313, bez. bis 4. Woche 09 (Cassel); **Fix**, Jos., Buchn. 24827, bez. bis 12. Woche 09 (Frankfurt a. M.); **Rohwer**, Claus, Buchn. 50899, bez. bis 18. Woche 08 (Münzburg); **Wurz**, Otto, Buchn. 44363, bez. bis 4. Woche 09 (Magdeburg); **Beck**, Rob., Buchn. 43852, bez. bis 8. Woche 09 (Magdeburg); **Feuerberg**, Adolf, Buchn. 60948, bez. bis 13. Woche 09 (Cöln); **Kronberg**, Herm., Buchn. 33105, bez. bis 3. Woche 09 (Berlin).

Dem Mitglied **Wolff Feuerberg**, geb. am 11. Oktober 1872 in Gröbenheim, beigetreten am 26. Juli 1904 in Hannover, Buchn. 66918, wurden die Mitgliedsbücher unseres Verbandes, der Partei und der freien Hilfskasse Nr. 71 gestohlen. Vor Missbrauch wird gewarnt!

Mit der heutigen Expedition ist an die Filialverwaltungen das Material für die Statistik abgesandt. Den Bahnhöfen ist das Material aus dem Bestand der Filialen zu übermitteln. Sollte noch einiges Ersatzmaterial notwendig sein, so ist dieses von den Bezirksleitern zu bestellen. Bezuglich der Ausführung verweise ich auf das Kürschnar.

### Der Vorstand.

**Verein der Hauptklasse** vom 23. bis 29. März 1909.

Eingesandt wurde: Bremen Mf. 500.—, Waldenburg 50.—, Nürnberg 14.50.

Für den Vereins-Anzeiger: Ding Mf. 4.59, Rüssig 6.—, Davos-Platz 3.—, Copenhagen 10.—.

Die Abrechnungsformulare mit den dazu gehörenden Auszügen sind an sämtliche Filialen versandt worden; sollte eine Filiale diese nicht erhalten haben, so ersuchen wir um Nachricht.

Vom 11. Februar bis 10. März gingen für angeschaffte Krankenunterstützung Scheine ein:

Wachen A 71.10, Altenburg 12.50, Bautzen 61.80, Berlin 1393.55, Bielefeld 29.05, Braunschweig 158.85, Bremen 193.95, Breslau 749.50, Cassel 256.60, Chemnitz 244.55, Coburg 8.80, Cöln 216.45, Crefeld 101.50, Crimmitzschau 3.25, Danzig 199.80, Darmstadt 808.90, Dresden 638.85, Düsseldorf 75.95, Eberswalde 57.90, Eisenberg 18.90, Elberfeld 44.30, Emden 12.50, Erfurt 99.25, Eschwege 107.80, Essen 76.10, Flensburg 29.20, Frankfurt a. M. 1319.85, Freiburg 25.75, Friedberg 54.20, Gera 8.45, Gießen 127.70, Gmünd 25.80, Gotha 118.70, Graudenz 9.50, Greiz 78.55, Grünberg 39.65, Halle 331.85, Hamburg 824.05, Hannover 87.85, Heidelberg 87.60, Herford 31.15, Herne 6.60, Hildesheim 12, Jena 87.50, Karlsruhe 71.60, Kiel 359.20, Konstanz 29.15, Königswinter 9.60, Landau 74.40, Liegnitz 24, Lüdenscheid 44.20, Lüneburg 22.50, Magdeburg 218.70, Mainz 741.10, Mannheim 262.45,

Marburg 53.30, Mühlhausen i. O. 87.05, Würzburg 88.90, Naumburg 5.10, Noviawes 76.65, Nürnberg 294.80, Oberstein 25.90, Pforzheim 84.90, Plauen 41, Preßburg 10, Potsdam 105.60, Recklinghausen 87.50, Regensburg 41.60, Reichenbach 4, Rostock 58.40, Saarbrücken 88.25, Schwäbisch Gmünd 1, Sonderburg 5.60, Spanien 112.80, Straßburg 81.50, Straßburg 72.50, Stuttgart 239.65, Waldenburg 61.50, Weimar 60.30, Wilhelmshaven 9.75, Worms 81.90, Würzburg 87.10, Zeit 25.05, Einzelmitglieder 82.40, in Sa. A 12.850.70.

Um Sterbenunterstützung: Wachen A 40, Cöln 45, Bremen 30, Breslau 10, Danzig 75, Darmstadt 80, Dresden 10, Erfurt 10, Essen 15, Frankfurt a. M. 165, Greifswald 10, Halle 40, Hamburg 60, Kiel 20, Magdeburg 10, Mannheim 95, München 80, Neugersdorf 10, Nürnberg 10, Regensburg 10, Rostock 10, Sagan 10, Stuttgart 40, Wiesbaden 10, Würzburg 20, Zeit 10, in Sa. A 860.

Material wurde versandt:  
**V.** = Beitragssmarcen, **C.** = Eintrittsmarcken.  
**D.** = Duplikatsmarcen, **V.M.** = Vereins-Anzeiger-Marcken, **M.M.** = Marcken-Mappen, **F.** = Futteral.  
**Br.** = Broschüren, **R.** = Alkalender.

Wachen 1000 B. a 55 J.; Cöln 400 B. a 80 J., 200 a 20 J.; Colmar 400 B. a 80 J.; Crimmitzschau 200 a 20 J.; Gotha 100 C.; Hamburg 60 R.; Kiel 18 R.; Düsseldorf 80 C.; Meerane 2400 B. a 60 J., 2 M.M.; Meißen 600 B. a 50 J.; Melchenbach 400 B. a 50 J.; Waldenburg 1000 B. a 55 J.; Werda 400 B. a 50 J., 10 C.; Hannover 20 R.; Plauen 1 R.

**G. Wenker, Kasslerer.**

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse**  
der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
(eingetragene Hauptklasse Nr. 71.)

**Vertrag des Hauptklasslers** vom 21. bis 27. März 1909  
Übertragen wurde eingesandt von der örtlichen Verwaltung in Crefeld von Appel 60 R.

Brüderliche Abrechnungen an die örtlichen Verwaltungen wurden abgesandt an Koch-Forst i. S. 50 A., Düker-Gegeck 200, Ehlermann-Dresden 150, Brunner-Regensburg 100, Stubendorf-Rohrbach i. W. 100, Grüner-Leipzig 100, Thomen-Nürnberg 150 A.

Krankenleiter erhielten Buchn. 24364 R. Dangel in Breslau 25.20 A., Buchn. 31056 M. Zwenzner in Brandenburg a. Havel 14.70, Buchn. 33874 R. Vorberndorf in Steinfurth 18.90, Buchn. 28045 R. Waldfeld in Breslau 12.60, Buchn. 1182 C. Jädel in Hellin 12.60, Buchn. 1488 C. Vollbrandt in Rendsburg 31.50, Buchn. 22988 M. Helmemann in Bonn 14.70, Buchn. 3298 R. Döring in Niedersachsen 12.80, Buchn. 28068 W. Magdith in Breslau 12.80, Buchn. 20971 R. Döring in Neuenkirchen bei Greifswald 23.60 A.

**J. H. Bille, Hamburg 22, Schmalenbekerstr. 17.**

### Anzeigen. Kiel!

**Zureisende Kollegen** wollen sich vor Arbeitsantrahme in unserer Geschäftsstelle Eberfeld, Mettbahnstraße 17, melden. (A. 1.20)  
Ziale Eberfeld, Bremen und Umgegend.

**Kollege Hermann Gramm** aus Bathaus wird ersucht, seine Adresse der Expedition d. Bl. mitzuteilen. Kollegen, die den Aufenthalt des Stell. Gr. kennen, sind gleichfalls gebeten, Mitteilung zu machen.

Kollegen, die die Adresse von **Ewald Klee** wissen, werden dringend ersucht, dieselbe an Unterzeichnete oder an die Expedition d. Bl. einzufinden. Klee hat am 14. November 1908 seine Familie höchstwählig verlassen.  
**Franz Klee**, Düsseldorf, Düsselstraße 28, II.

Wer den Aufenthalt des Kollegen **Karl Schulte** aus Bierloha kennt, wird gebeten an Unterzeichneten sofort Mitteilung gelangen zu lassen. (A. 1.20) **H. Arnsberg**, Dortmund, Alsenstraße 1.

**Kollege Heinrich Quingue** geb. in Baischwig (St. Wittenberg), wird erachtet, wegen einer gerichtlichen Grundbuchsache seinen Aufenthalt anzugeben. Kollegen, die zweidienstige Dienstzeit geben können, sind gebeten, solche gelangen zu lassen an **Grau Bäilio Müller**, Baischwig (St. Wittenberg).

Billig zu verkaufen ein in Altona seit 1888 bestehendes **Malergeschäft** öff. an **F. Slock**, Altona, St. Mühlenstr. 46.

Gut eingeführtes Figuren-Geschäft mit Rahmenmalerei wegen Todesfalls des Besitzers sofort preiswert zu verkaufen. Event. könnte sich ein tüchtiger Rahmenaler als Teilhaber mit 12–1500 Mf. Einlage am Geschäft beteiligen. Näheres —  
München, Kunstanst. Dietz, Landsbergerstr. 5.

**Maler-Mäntel und -Hosen** fertigt aus ausgewählten Qualitäten mit Umlege- und Stehkragen, schrägen und gleichen Taschen. Die **Berufskleidung-Spezialfabrik** von Emil Höhfeldt, Dresden-N., Ritterstr. 24. NB. Die Versandfahrt kostet portofrei nach allen Orten. Verlangen Sie Preissliste frei S. us.

Wir fordern alle Kollegen auf, nur unsern Arbeitsnachweis, Nähestr. 24 (Gewerkschaftshaus), zu benutzen. Arbeitsvermittlung: morgens von 10–11 Uhr, abends von 6–7 Uhr. Der Arbeitsnachweis des Arbeitgeber-Verbandes ist geperrt. (A. 1.60) Die Filial-Verwaltung.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren.

Prospekt über das rühmlichst bekannte

### Mahlers Fondin

Mahler & Co., Bamberg II.

versendet gratis und franko

### Zum Selbst-Unterricht!

Neue Holz- und Marmormalereien.  
Serie I Holzmalereien 3. Auflage Mk. 18.00 | Druckfläche 32x48 cm.  
Serie II Marmormalereien 2. Auflage Mk. 15.00 | Beide Mk. 32.00.  
Porenrollen per Paar (1 u. 2½ Zoll) Mk. 6.00, einzelne 3 Zoll Mk. 4.50.  
Sämtliche Pinsel etc. für die Holz- und Marmormalerei!

Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19.

### Spezialschule für Holz- und Marmormalerei.

Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März.

— Prospekte gratis und franko. —

Neuester Erfolg: Einer unserer Schüler erhielt nach 4½-monatlichem Unterricht für seine Leistungen die Berechtigung zum einjährigen Dienst.

### — Berufskleidung —

ist anerkannt die beste.

Berlin N., Brunnenstraße 119.

Eigene Fabrik. Verkauf zu Fabrikpreisen.

Berand nach außerhalb.

### — Maler-Ritter —

Prima Nessel 110 120 130 140

mit schrägen Taschen 2.25 2.50 2.50 2.75 A

extra schwerer Ritter ob. 110 120 130 140

in Manteltaschen 3.— 3.25 3.25 3.50 A

Dreiholz-Hosen und Jacken

Mit. 1.50, 2.40, 3.50.

### Lager in prima Pinseln,

Plafondpinseln, Beitem, Farbkesseln, Loden,

Farben, Schablonen und Papierpapier.

Spezialgeschäft in vollständiger Einrichtung

von Malerwerkstätten. Solide Ware bei

billigster Berechnung.

P. Steet, Nürnberg, Obere Wörthstr. 18.

### Sommerkursus für

### Holz- und Marmor-Malerel

Dienstags und Freitags, abends 8–10 Uhr,

pr. Monat Mk. 8.—

H. Muhs, Altona, Alsenplatz 1, II.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 18 des

Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigte

unserer Filialen bei.

Für die Redaktion verantwortlich Mr. Mart.

Hamburg, Schmalenbekerstraße 17.

Verlag von H. Wenker, Hamburg 22. Dr.

von Friedrich Meyer, Hamburg 23.

### Höchsten Preis für Goldabfälle,

als Kehrgold, Gold-